

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

55 (6.3.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablosen oder am Postkassen monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., jährlich 12,00 M.; durch die Post 1,34 M. bezgl. 4,02 M. monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,40 M.; durch die Post 1,94 M. bezgl. 4,92 M.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/2-3/4 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernjhr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Rebkant Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 J., zuglgl. 30 % Zeilenanzahl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Gesinnungserneuerung.

Karlsruhe, 6. März.

Man braucht nur mit einiger Regelmäßigkeit sich an die Lesüre ausländischer Zeitungen und zwar wohlwollender Zeitungen des neutralen Auslandes zu machen, um einem gründlichen Mißtrauen gegen unsere Gesinnungserneuerung zu begegnen. Das Deutschland der Ebert und Scheidemann gilt als so militärisch, als so erobersüchtig, als so mißgünstig am Krieg und als so wenig hübscher als das Deutschland Wilhelm II. und Ludendorffs. Es ist, als hätte der französische Sozialist Thomas mit seiner Verneer Parole: Ceterum censeo, Ebertum esse revolvendum (Überhaupt bin ich der Meinung, daß Ebert zum Teufel gejagt werden muß), eine Forderung, die er natürlich auch auf Scheidemann, Landsberg und das ganze Ministerium der Mehrheitssozialisten ausstreckte, einen Gesichtspunkt des Auslandes an Deutschland gestellt.

Es muß doch noch immer der im Kriege so groß geübene Wille zum gegenseitigen Mißtrauen zwischen Deutschland und der übrigen Welt vorhanden sein. Wer die frivole Gleichgültigkeit Ebert-Scheidemann und Ludendorff-Wilhelm vornimmt, der will einfach nicht die robusten Unterschiede sehen, die in Gesinnung, Leben und Handlungsweise zwischen diesen und jenen bestehen. Er arbeitet bewußt oder unbewußt an der Weiterverheerung der Völker mit, und das in einem Zeitpunkt, da die Auslöschung allein die Weltkatastrophe am drohenden Ausbruch verhindern kann.

Heute, wo das ganze Ausland Scheidemann und Ebert mit Widerwillen und Mißtrauen bedankt, und wo auch bei uns alles von rechts und ganz links auf sie losfährt, soll es dreimal bestimmt gesagt werden: in der Verfassung dieser Männer auf die beiden höchsten Reaktionspotenzen dokumentiert sich die Gesinnungserneuerung Deutschlands so stark wie kaum an einem anderen Vorkriegs. Von ganz unten haben sich Ebert und Scheidemann aufgearbeitet, keine Zwischenstufe der politischen Karriere haben sie überprungen. Wo in aller Welt ist das alles ein solches System? Ein Sozialist, der die höchsten Regierungsposten gab es damals doch nur für die Klasse des herrschenden Feudalismus; der Durchbruch durch das soziale Rangsystem war unter W. II. auf dem Gebiete der politischen Verursachung doch fast unmöglich; völlig ausgeschlossen ein sozialer Durchbruch von der Proletariatsklasse auf die dem Feudalismus vorbehaltene Regierungsposten. Ueberhaupt: war kein geistlich zulässiger Typ im alten Deutschland so verachtet wie der des Emporkömmlings. Im Worte „Barvenit“ sagte man alles zusammen, was Ueberlegenheitsdübel, Dummheit und unterdrückte Anerkennung an dem Erlöse des rechtlich Emporgekommenen auszuweisen hatten. Da sieht es jetzt denn doch ein bißchen anders aus in unserm Deutschland. Heute ist die „gute“ Herkunft allein Stills keine Legitimation mehr für die politische Laufbahn. Heute schauen wir uns mit der Diszipliniertheit nach Persönlichkeiten um, die möglichst tief besonnen haben und bereits möglichst weit gekommen sind. Die Mündigkeit der sozialen Denkmuster haben wir überwunden; wir natürlich im Sinne der großen Volksmehrheit, ein sozial ohnein wertvoller Meist von denen mag anders denken, er ist so wie so zum Aussterben verurteilt. Deutschland, vor kurzem das politisch rückständigste Land, ist heute das freieste. Mit dieser Freiheit in Rede und Schrift wird aber auch wirklicher Ernst gemacht. Es kann der blutigerste bolschewistische Skorpion aus Deutschland hervorkommen und seinen Satanismus in blutroten Brandreden austoben und zu gleicher Zeit kann, vielleicht nur ein Hotelaal weiter, Herr Odenburg von Janusku die Rehabilitation des Kaisers als dringende politische Notwendigkeit erklären. Na, und mit der Freiheit in der Betätigung gehen wir ja auch aller Welt voran: ob so vorbildlich, wie zu wünschen wäre, ist freilich eine andere Frage.

Und unsere Schuld am Kriege? Wie sieht es in diesem Punkt mit unserer Gesinnungserneuerung? Das feindliche und der größte Teil des neutralen Auslandes behauptet: Deutschland ist hierin noch immer das alte. Wahr ist das nun freilich nicht. Die ganze Sozialdemokratie hat bereits vor der Revolution so deutsch wie das unter den damaligen Verhältnissen möglich war, die Auffassung der Mitteilbarkeit Deutschlands am Kriege vertreten. Für ein politisch und historisch gebildetes Denken war das ohnein selbstverständlich, denn die Urkräften, welche zum Kriegsausbruch trieben, waren hieben wie drüben treibend am Werke. Jetzt preisen es die Spähen von allen deutschen Dächern und wir sind dem Beweise der Kerenski-Regierung gefolgt, unsere Kriegsverantwortung in den schmählichsten Schandpfeil der Geschichte zu stellen. Das Werk ist freilich noch nicht ganz getan, der Stein ist im Rollen. Wo aber ist bei euch, ihr Völker der Entente, der Anfang dazu? Sclagt euch doch nicht immer an eure Pharisäerbrut und stellt nicht immer die alberne Forderung, wir sollten mit dem Verständnis der Totalschuld eurer Kriegshelber entlasten. Ihr wißt doch auch, daß einige von euch schmähvoll viel Dreck am Stecken haben. Und solange der Schatten eures großen, edlen Natures, ihr Franzosen, über die Straßen von Paris schließt und wie der Geist des alten Hamlet verlanen darf: „Müß seinen unerhörten Mord“, so lange haben wir keine Lust, uns nach erfolgter Abgabe des Geständnisses an der Mitteilbarkeit im Delirium fortwährender Selbstverleumdungen zu fästeln.

Wir waren einst das klassische Land des Militarismus. Jetzt möchte man das gar nicht mehr glauben und daher erstaunlich

erschreint, daß noch vor Monaten die Bezeichnung auf uns zutrifft. Jetzt ist es nahezu bis auf den Tag ein Jahr her, seit Ludendorff der anstrebenden Welt verkündete: „In Deutschland ist die Artillerie die Schlacht mit voller Macht anbrannt.“ Dieses juchende, hebenkloste Mitleben eines ganzen Volkes von Schlacht zu Schlacht, von „Sieg zu Sieg“ bis zu der Phase, in der die Offensiv sich zu Tode gelauten hatte, war wirklich charakteristisch für ein Volk mit spezifisch militärischer Gesinnung. Wir lassen uns heute an den Kopf und fragen uns mit fassungslosem, entsetzten Erstaunen, ob uns wie einst den römischen Mars ein erzürnter Gott mit Mordwahnsinn geschlagen hat. Von nichts, was an Schlächten und an Militäralten erinnert, wollen wir mehr etwas hören, nichts von Tonnenberg und nichts vom Stobes, nichts aber auch von der Marine und der letzten Gegenoffensive. Wenn es nach uns ginge, so machte die ganze Welt vorbestallten Ernst mit dem Abrüstungsgedanken und niemand dulde noch in seinem Lande einen Seereschiffbau über das Jagdenniveau einer reinen Polizeitruppe. Aber es wird nicht Ernst gemacht werden mit dieser Idee und das liegt an jenen Völkern, die uns mit dem Matel der militärischen Anhänglichkeit gebrandmarkt haben. Sie denken gar nicht daran, abzurufen. In jenem Dokument des den strengen Beschlüßungstitel „Wörterbundesentwurf“ trägt, heißt es noch verständig, die Seereschiffe jeder Nation solle über ein festgesetztes Maß hinaus nicht mehr gebaut werden. Aus dem Diplomatenbolle in die Sprache der Wahrheit überleitet bedeutet das: militärische Ueberlegenheit der Ententeingestaaten bis zur absoluten Schmachtsverdrängung Deutschlands. Aber so verständig sprechen die Engländer und Franzosen außerhalb der Reichweite Wilsons nicht mehr. Winston Churchill, der englische Minister, hat es neulich klipp und klar herausgesagt, England brauche eine Armee von 900 000 Mann und seine französischen Kollegen ergänzen diesen Plan mit dem Vorhaben, daurch eine Heeresarmee am Rhein auf Kriegsfuß in Bereitschaft zu halten.

Sie lächeln sich an, Friedensbedingungen zu komponieren, deren Erzwingung jene militärische Prüfungsstärke allerdings dringend notwendig macht. Wir kennen die Friedensbedingungen noch nicht, aber die Forderungen, welche sie für die Gewährung des dauernden Waffenstillstandes stellen, werden uns zur Stunde auf dem Umweg über Genf bekannt. Deutschland soll jährlich 10-15 Milliarden an eine internationale Kommission zahlen und das 20-30 Jahre hindurch. Den Kriegswertfaktoren wird ein Produktionsmaximum von der Entente vorgezeichnet, die Gesamtstärke des deutschen Heeres darf höchstens 200 000 Mann betragen, die deutsche Flotte soll den Franzosen und Engländern zur Verteilung ausgeteilt, die Docks müssen unter Aufsicht der Entente-Kommissionen abgebaut werden, die U-Boote haben zu demontieren, die Befestigungen und Hafenanlagen müssen von den Deutschen auf eigene Kosten zerstört werden. Man versteht die Form dieser Forderungen nicht recht. Das sind doch keine Waffenstillstandsbedingungen mehr, das sind doch richtige Friedensbedingungen. Andererseits sind diese vom „Obersten Kriegsrat der Entente“ formuliert worden und der ist doch wohl selbst bei unieren streichen Feinden nicht die Instanz, um den definitiven Friedensvertrag aufzustellen. Ob nun über Waffenstillstands- oder Friedensbedingungen: sind die Bedingungen wirklich gestellt, so werden sie auch von den Entente-Diplomaten, die das letzte Wort zu dieser Sache zu sprechen haben, ausgehoben werden. Wir lernen darin konzentrierten Ententegeist kennen. Und diesem gegenüber können wir, ohne uns der Gefahr pharisäischer Bezeichnung auszuweichen, protestierend erklären: „Du gleichst dem Geist, den du bearest, dem Geist eines Ludendorff und Tirpitz, aber dem demokratischen, antimilitaristischen, verständigsten Geist unserer Gesinnungserneuerung gleichst du nicht. Das alles, was ihr da abseht aller Durchführbarkeit fordert, ist bloß von der Monomanie der Machtbesessenheit erfüllt. Keine Spur ist darin von sittlichen Rücksichten von Verhältnismäßigkeiten, von modernem Völkerverständnis. Wohin das führt, da steht ihr selbst zu. Die Erfahrung wird euch ja noch zur Bestimmung bringen. Einstweilen dürfen wir es aber in aller Bescheidenheit ablehnen. Vorhaltungen über unieren Militarismus, über unieren fehlenden Willen zur Völkerehrlichkeit, über manelnden Gesinnungswandel von euch hinzunehmen. Werdet so demokratisch wie wir, so antimilitaristisch wie wir, und so verständnisbereit wie wir, und der Weltfriede wird auf sicherem Postament stehen. O-n.

Die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung.

WTB. Berlin, 5. März. Am 4. März begannen in Spa die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Sie sind verbunden mit den Verhandlungen über die Zurverfügungstellung der deutschen Flotte und die Finanzierung der Lebensmittelversorgung. Im Verlaufe der Plenarsitzung überreichten die allierten Regierungen zwei Memoranden, worin die Bedingungen über eine teilweise Lebensmittelversorgung Deutschlands und die Ablieferung der deutschen Handelsflotte im Einzelnen festgesetzt sind. Admiral Hove erklärte, daß man nicht erlauben werde, irgendwelche Nahrungsmittel nach Deutschland gelangen zu lassen, wenn nicht ein bedeutender Fortschritt in der Uebergabe der deutschen Handelsflotte gemacht sei. Es müsse daher sofort eine Verhinderung der deutschen Regierung erfolgen, daß sie das Abgabe für das „sanktieren der Flotte tun und daß sie die gesamte Handelsflotte unter die Kontrolle der Allierten stellen werde. Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß die Allierten entgegen den deutschen

Wünschen nicht die Absicht haben, über die gesamte Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu verhandeln, sondern nur die kleine, bereits abgeschlossene Teillieferung von 270 000 Tonnen machen wollen. Darüber hinaus wollen sie Deutschland nur noch eine ziemlich verkaufte Teillieferung von 100 000 Tonnen aus Argentinien ermöglichen. Admiral Hove erklärte, es sei keine Rede davon, Deutschland oder sonst irgend jemand bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Der englische Delegierte Raynes fügte hinzu, die Entente habe beschloffen, nicht über mehr zu verhandeln, als über die Menge von 270 000 Tonnen, und auch diese Menge könne Deutschland nur auf dem Wege der Ablieferung der Schiffe erhalten. Wenn die Schiffe abgeliefert seien, werde dieser prinzipielle Standpunkt die Vertreter der Entente nicht hindern, in technische Besprechungen über weitere Lieferungen an Deutschland einzutreten. Für die Ablieferung der Flotte werden die alten schweren Bedingungen gestellt.

Der deutsche Delegierte erklärte u. a., Deutschland habe das größte Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen und sei fest entschlossen, mit der Auslieferung sofort zu beginnen, die deutsche Regierung könne aber die Verantwortung nicht übernehmen, die Flotte herzugeben, ohne die Lebensmittellieferung für die hungernde deutsche Bevölkerung geordnet zu haben.

Admiral Hove erklärte zum Schluß der Verhandlungen, er könne nicht einwilligen, die Einzelfragen in Unterkommissionen zu verhandeln, bevor er nicht schlüssige Antworten auf die Frage wegen der Auslieferung der gesamten deutschen Flotte erhalten habe.

Darauf wurden die Verhandlungen vormittags vertagt. Infolge dieser Vorgänge in Spa fand heute morgen in Weimar eine Sitzung des Ratnetts statt, als deren Ergebnis eine Instruktion nach Spa an unsere Unterhändler ergangen ist. Auf Grund dieser neuen Instruktion wird heute nachmittag in Spa wiederum verhandelt.

Churchill über die Bedingungen.

WTB. London, 5. März. (Funkpruch des Wiener Korrespondenten.) Im Unterhause erklärte Churchill bezüglich der Zustimmung für die Bewilligung von 2 Millionen Mann für das Heer, daß die Anforderung infolge der augenblicklich unklaren Verhältnisse statgegeben werden müsse. Die Okkupationsarmee am Rhein dürfe bis Ende 1920 aufrecht erhalten sein. In naher Zukunft werde der Rat der Verbündeten auf schnelle Erfüllung der Bedingungen seitens Deutschlands dringen müssen. Deutschland hungere und sei dem sozialen und nationalen Zusammenbruch gefährlich nahe. Dies sei die Zeit für die Friedensbedingungen, die Deutschland annehmen und durchführen müsse. Falls sie veräußt würde, hätte man niemanden mehr, mit dem Frieden zu schließen wäre. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland könnten Nahrungsmittel und Rohprodukte sofort eingeführt werden. Es müsse jedem widerstreben, die Waffe des Hungers auch nur einen Augenblick länger auszugeben als nötig sei, um die Bedingungen zu erreichen, für welche die Allierten kämpften. Zur Erfüllung der Bedingungen wäre es aber notwendig, eine starke Armee am Rhein zu lassen.

Wilson.

WTB. Newyork, 5. März. Reuter. Präsident Wilson ist heute 8.15 Uhr vormittags mit dem Dampfer „George Washington“ nach Frankreich abgereist.

WTB. Newyork, 4. März. Wilson hielt in der Metropolitan-Oper eine Rede, in der er erklärte, daß untrügliche Beweise aus allen Teilen des Landes ihm die Ueberzeugung beigebracht hätten, daß die Vereinigten Staaten für den Völkerebund seien. Der Völkerebund sei keine Streitfrage zwischen Parteien und auf die Dauer werde keine Partei wagen, sich ihm zu widersetzen. Wilson fuhr fort: Die Opposition des Senates gründet sich auf die Doktrin achtsamer Eigenliebe. Wenn die Vereinigten Staaten dem Völkerebund nicht beitreten, würde sie die verächtlichsten Staaten sein. Der Präsident versicherte, daß die Amerikaner nicht über das Meer gegangen seien, nur um die Deutschen zu schlagen, sondern um zu zeigen, daß die Amerikaner überall hingehen würden, wo die Menschenrechte angegriffen werden.

Zur Lage in Rußland.

Selbstfors, 4. März. Ein Funkpruch aus Moskau meldet: Kriegskommissar Trotski berichtet über die Lage an den Fronten und findet sie vollkommen befriedigend. Die Südfront fällt bald ganz fort, da Kasznov nach Noworossisk geflüchtet ist und seine Truppen sich in voller Flucht befinden. Das Dongebiet werde bald vollständig in russischen Händen sein. Die Lage an den anderen Fronten gäbe zu keinen Befürchtungen Anlaß. Etschland werde im Laufe der nächsten Wochen gleichfalls von den Russen besetzt sein. Im allgemeinen kräftige und verbessere sich die rote Garde von Tag zu Tag. Zum Schluß erwähnt Trotski, alles daran zu setzen, um die technische militärische Mündigkeit der Truppen auf die höchste Stufe der Vollkommenheit zu bringen.

Kleine Nachrichten.

WTB. Wien, 5. März. Die konstituierende Nationalversammlung wählte den Sozialdemokraten Seig zum Präsidenten.

Paris, 4. März. (Gabas.) Infolge der im Jahre 1917 beschlossenen Erhöhung der Briefrate wurde die Taxierung von Postkarten von Paris nach ganz Frankreich auf 15 Centimes angeordnet, während ihre Taxierung von Frankreich nach irgend einem anderen Lande 10 Centimes beträgt. Durch Vermittlung des internationalen Bureaus in Bern ist die Tage für gewöhnliche Briefe von 25 auf 40 Centimes erhöht worden.

London, 5. März. (Reuter.) Die Regierung nahm das Angebot einer großen Schiffswerft in Widdlesbereugh auf. Kauf von acht der größten deutschen U-Boote an unter der Bedingung, daß die U-Boote zerstört und als altes Eisen verkauft werden.

Badische Nationalversammlung.

5. öffentliche Sitzung.

oc. Karlsruhe, 5. März.

Die Sitzung wurde um 10 Uhr von dem Präsidenten Kopf mit einigen geschäftlichen Mitteilungen eröffnet.

Die Beratung über die Gewährung von Teuerungszulagen für Beamten und Staatsarbeiter wurde fortgesetzt. Erster Redner ist

Hg. Geurich (Zentr.), der sich dagegen bewahrt, daß man sage, die Arbeiter seien schuld an dem Zusammenbruch des Staates. Die Arbeiter gerade haben mit am schwersten unter den Neuerungen gelitten. Die Beamten und Arbeiter Baden haben aber kein gutes Beispiel gegeben, durch ihre Vorgehen und Verlangen nach einer neueren Teuerungszulage, während über die alle noch verhandelt wird. Das ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Ein solches Vorgehen ist nicht frei von Volkswissens. Einzelne Führer der Eisenbahner scheinen von allen guten Geistern verlassen zu sein. Wilde Streiks wären nicht vorgekommen, wenn die Arbeiter-schaft besser organisiert wäre. Wir beschleunigen die Tarifverträge für die Staatsarbeiter. Aber heute gilt vor allem, das Vaterland gesund zu machen, dann erst dürfen wir an uns denken. (Lebhafte Zustimmung.) Mit Phrasen und Agitationsreden und mit Protesten kann man nichts Positives erreichen. Sehr wichtig ist die Errichtung von Arbeitskommissionen. Die ungewerkschaftliche Arbeiterpolitik, wie sie von den Mannheimer Eisenbahnern geübt worden ist, machen wir nicht mit, und wir haben uns gewundert, daß der Herr Verkehrsminister dieses Vorgehen nicht mißbilligt hat.

Hg. Noeß (Soz.):

Besser als lange Reden sind Handlungen im jetzigen Stadium der politischen und sozialen Situation im Lande und Reich. Von diesem Gesichtspunkte aus sind wir dafür, daß die Forderungen der Staatsangestellten und Arbeiter genehmigt werden. Mit der Art und der Form aber können wir uns nicht einverstanden erklären, da sie keineswegs gewerkschaftlichen Methoden entsprechen. Die soziale Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Staatsangestellten und Arbeiter, die wir hier wahren lassen, soll auch übertragen werden auf alle Volksschichten im Lande. Wenn vom Opfergeist seitens des Finanzministers gesprochen wird, so soll diese Mahnung nach unserer Ansicht in erster Linie an die Adresse der Reichen gerichtet werden. Anarchie und Gewalt beruhen auch wir, da dadurch unser schweres Volk niemals zur Ruhe kommen wird. Wenn seitens des Finanzministers gesagt wird, Arbeiter schafft, schafft, so unterlassen wir das, sofern Arbeit zu haben ist, allein nicht gemäß dem Grundsatz von früher: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben“, sondern nach dem neuen Grundsatz: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“

Das deutsche Volk steht am Abgrund kraft der Herrschaft des Militarismus und Kapitalismus. Wir begrüßen daher eine allgemeine Vermögensabgabe, starke Heranziehung der Kriegsgewinne, der Wucherer als gemeine Verbrecher, der arbeitslosen Einkommen. Der Grenzschutz muß streng aufrecht erhalten werden, da die Reichen, die vererbschafteten Familien mehr als genug in ihren Reichen aufweisen, heute mit ihrem Geld abwandern wollen. Wir begrüßen die verschärften Strafbestimmungen für die Steuerdefraudanten, je schärfer, um so lieber. Zum Schluß sei nochmals gesagt: Staatsangestellte, wo vorzüglich bei euren Forderungen der Zukunft! Der neue Freistaat kämpft schwer um seine Existenz, helft mit, diesen Staat zu stützen, der ein Staat werden soll, in dem alle leben sollen und können, die arbeiten wollen. Für die Paulsen der alten Gesellschaft hat unser Freistaat keinen Platz mehr, nach dem Grundsatz: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Das wollen wir hochhalten und hier mitarbeiten, sind alle berufen, alle in den freien Betrieben Beschäftigten, wie die Staatsangestellten, wie der fleißige und eheliche Bauer! (Beifall bei den Sozialdem.)

Verkehrsminister Müller: In meiner gestrigen Rede habe ich nur die Lage der Eisenbahnfinanzen besprochen. Dagegen hat der Herr Finanzminister im Auftrag der gesamten Regierung gestern mit aller Schärfe unseren Standpunkt dargelegt. Den Eisenbahnern gegenüber aber habe ich persönlich mehrfach das Unverantwortliche ihrer Handlungsweise dargelegt, wenn sie wegen der Nichterfüllung ihres Ultimatum in den Zustand treten wollen.

Hg. König (Dem.): Die finanzielle Angelegenheit ist unsere schwerste Sorge und wird es noch lange sein. Wir müssen mit aller Kraft arbeiten, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Aber wir haben überall Streiks und Sabotage. Es ist eine Art Psychose, von der das Volk umfungen ist, die aber hoffentlich bald wieder verschwindet. Denn der gute fittliche Kern unseres Volkes, der ja vorhanden ist, muß doch wieder zum Durchbruch kommen. Nat-

durch den Warenexport werden wir wieder handelsfähig und schaffen Arbeit. Von politischer Seite droht der Revolution keine Gefahr, aber aus der Not der Zeit, aus der wirtschaftlichen Notlage. Auf einen zertrümmerten Staat läßt sich nichts aufbauen. Man stellt kein Ultimatum an eine Regierung, und an die Nationalversammlung, die aus dem freiesten Wahlrecht der Welt hervorgegangen ist. Unter der Teuerung leiden aber auch die anderen Staatsbürger, nicht nur Beamte und Eisenbahner. Deshalb mögen sie in Form ihrer Ansprüche künftig Maß halten.

Hg. Mayer-Karlstraße (D.Nat.): Ein optimistischer Ausblick stellt der Rede des Herrn Finanzministers nicht. Ich teile diese hoffnungsvolle Ansicht nicht. Unser gesamter Besitz ist mit Schulden überlastet. Uns bleibt nichts als die Arbeit. (Zuruf: Geistliche Fähigkeiten.) Das ist eben unsere Arbeit. Wir müssen ganz von vorne anfangen. Bei der Gewährung von Teuerungszulagen sollte man die Grenzen ziehen.

Finanzminister Dr. Wirth: Die Regierung steht grundsätzlich auf dem Standpunkt der Tarifverträge und ist bereit, mit den Gewerkschaften darüber zu verhandeln. Ich habe geglaubt, die Oberbeamten würden sagen, wir verzichten auf die Zulage. Darin habe ich mich getäuscht. Jedoch ich verkenne auch die Notlage eines Teils der Oberbeamten nicht. Der Satz: „Wir müssen handesgemäß leben“ wird aber bald keine Geltung mehr haben. Im folgenden wandte sich der Minister gegen die Vergünstigungssucht. Das deutsche Volk trägt einen hohen und Totentanz und daran nehmen nicht allein die Kapitalisten, sondern auch andere Teile des Volkes teil. Reizt Sie genau die Waffenstillstandsbedingungen und das Herz wird Ihnen einen Augenblick still stehen, und wenn wir heute schon lesen, daß die Entgelte uns finanzielle Opfer auf Jahrzehnte auferlegen, dann weiß ich allerdings keine Rettung mehr für uns. Dann laßt die Freude über uns kommen, dann sind wir eben einige Zeit aus der Besinnung ausgeschlagen! (Hr. Köhler: Volkswissens!) Ja, dann würde der Volkswissens über uns kommen, aber auch über ganz Europa und erst aus einem völlig zerstückelten Europa wird neues Leben entstehen. Jeder Versuch, an der Kriegsanleihe zu rühren, würde unsern Kredit auf Jahrzehnte untergraben. Weder Reijmismus noch der Sinnentalismus kann uns retten, sondern nur die Erkenntnis der Wahrheit und der feste Wille, am Rettungs-wert für unsere Vaterland mitzuarbeiten.

Hg. Köhler (Zentr.): Jetzt, wo allen Beamten und Arbeitern geholfen wird, sollte man sich auch der Geistlichen erinnern. In der Kritik über die Erhebung eines neuen Steuerzuschlags muß bemerkt werden, daß von 280 000 Steuerpflichtigen rund 180 000 von dem Zuschlag frei sind. Für die Erwerbslosen muß endlich Arbeit geschaffen werden. Mit den Notstandsarbeiten muß Ernst gemacht werden. Und wenn es nötig ist, muß ein Staats-fiskalminister mit unbeschränkter Vollmacht eingesetzt werden. (Hr. Dr. Schöfer: Wer ist der starke Mann?) Er ist auch für andere Gebiete notwendig. Wenn wir unsere Steuern an das Reich abgeben müssen, ist es um unsere Selbständigkeit geschehen. Der Redner erklärte, die Wirtschaft, die Zoll- wie reichssteuerlichen Fragen. Bei den Kriegsgewinnen ist viel geredet worden, aber nichts geschehen. Die Ausbeute aus den Kriegsgewinnen wird eine sehr magere sein. Die Erbschaftsteuer muß stärker ausgebaut werden und ebenso das Erbschaft des Staates. Das Gemeindefiskusgefühls muß im Volk wieder fester werden; der Volkswirtschaft muß in unsern Herzen verankert sein.

Der 2. Vizepräsident Muser hat den Vorsitz übernommen. **Hg. Hrig** (Dem.): Bei der Beurteilung des Mannheimer Ultimatum müssen wir auch mildernde Umstände gelten lassen. Auch auf der anderen Seite ist geäußert worden. Man hat Beamte und Arbeiterkammern verlangt und es ist nichts geschehen. In Mannheim waren die Verhältnisse bezüglich der Bezahlung besonders traurig gelagert. In den ersten Kriegsjahren ist bei uns zu wenig getan worden. In Mannheim sind auch die Teuerungszulagen höher als in anderen badischen Städten und die Lage dort deshalb beifühler, daß oft in einem Hause Beamte oder Arbeiter verschiedener Stufen wohnen. Das wichtigste ist nicht, daß der Staat jetzt die Teuerungszulagen zahlen kann, sondern daß er imstande ist, noch ein Monat Gehälter und Löhne zu bezahlen.

Hg. Wirth, Müller-Karlstraße (Zentr.) vertritt die Forderungen des Eisenbahnpersonals, das durch jahrelange Verzögerung seiner berechtigten Wünsche verärgert worden sei.

Hg. Förster (Soz.):

Es sind in den Ausführungen verschiedener Redner Ausfälle gegen Gewerkschaftsführer gemacht worden. Besonders die Zentrumsparthei scheint da, wie unsere Feinde, unerbittlich. Man hat früher die Eisenbahner mit allen Mitteln verhöhnt, sich zu organisieren, besonders die Beamten wurden sie davon abgehalten. Wir büßen nun die Sünden des früheren Systems. Es trifft auch zu, daß gerade die Leute die höchsten Forderungen stellen, die früher nie einer Organisation zugänglich waren. Aber diese Leute, die Gelben, wurden ja gerade von den Arbeitgebern,

den Fabrikanten ins Leben gerufen und auf jede Weise gefördert, nun werden sie die Geißel nicht los, die sie selbst riefen. Es ist notwendig, daß der Staat Tarifverträge mit den Beamten und Arbeitern abschließt. Die Löhne und Gehälter waren vor dem Kriege absolut unzulänglich; mit den Teuerungszulagen hat man zu spät eingeseht, daher ist es verständlich, wenn die Arbeiter und Beamten nun zu solchen Mitteln wie in Mannheim, zum Ultimatum gezwungen haben. Es muß, wenn die Notwendigkeit dazu vorhanden ist, Löhne und Gehälter aufzubessern, auch für die Mittel dazu gesorgt werden. Es ist behauptet worden, daß Gewerkschaftsführer wären nicht auf der Höhe gewesen. In solchen Situationen haben aber oft die einzelnen Personen keine Macht mehr; dennoch ist es aber den Gewerkschaftsführern gelungen, die Bewegung in ruhige Bahnen zu lenken. Die Führer müssen alle Forderungen gewissenhaft, und erst wenn sie von der Versammlung überzeugt sind, vertreten sie sie auch.

Wenn hier und da gelangt wird und Vergünstigungen stattfinden, dann ist es aber doch nicht das ganze Volk, das sich den Vergünstigungen hingibt. Es sind doch meist junge Leute, Feldgrane, die sich noch ein bißchen Vergnügen gönnen. Man soll den jungen Leuten die Lebensfreude nicht ganz nehmen. Auch in der Sportbetätigung kann man keine Vorwürfe erheben. Die Menschen gehen doch am Sonntag hinaus, um Erholung zu suchen, neue Kraft für die Arbeit der kommenden Woche. Man darf auch hier nicht verallgemeinern. **Hg. Köhler** hat auch für die Geistlichen Hilfe verlangt. Wer Lohnforderungen stellt, soll sich organisieren; viellecht kommt auch mal ein Streik der Geistlichen (Geistlichkeit). Wir werden uns aber der Notwendigkeit, hier entgegenzukommen, nicht verschließen, wenn die Notlage tatsächlich vorhanden. Man soll auch nicht immer sagen, das Reich soll uns in Ruhe lassen. Es muß das Reich lebensfähig erhalten werden. Wir sollten zusammenhalten, um das Volk aus der Not herauszubringen, mehr handeln und weniger reden. (Beifall bei den Sozialdem.)

Hg. Amann (Zentr.): Der größte Teil der Staatsarbeiter hat sich mit der Mannheimer Ultimatumspolitik nicht einverstanden erklärt und es wäre sehr fraglich gewesen, ob die Eisenbahner einer Streikaufrufung Folge geleistet hätten. Der Achtungsbund wird sich nur nach internationaler Vereinbarung endgültig durchführen lassen. Bei der Schaffung von Reichseisenbahnen muß der badische Personalstand gewahrt werden.

Nach kurzen Ausführungen des Finanzministers Dr. Wirth, der u. a. erklärt, die Regierung werde den Anregungen des Hg. Köhler, auch den Geistlichen Zuwendungen zukommen zu lassen, Folge leisten und mit den zuständigen Stellen sich ins Benehmen setzen, wurde die Beratung um 11 Uhr abgebrochen.

Fortsetzung Donnerstag vormittag 9 Uhr.

Die Gemeinde- und Städteordnung.

Die Beratung der Kommission für Justiz und Verwaltung am 4. März, vormittags, führte zu folgenden Beschlüssen: Für die Gemeinde- und Städteordnung wird die niedere Polizei, die den Standes- und Grundbesitzer für den Umfang ihrer Schöffe; Wohnungen samt Zubehörenden noch zuzustand, bereitigt. Für die Gemeindegesetze wird der Begriff des Stadt-(Gemeinde-)Bürgers umschrieben: es sind dies im Vollbesitz der Geschäftsfähigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Angehörige des Deutschen Reiches, welche mindestens 20 Jahre alt sind und seit 6 Monaten in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben. Von dem letzten Erfordernis kann für Wahlen im einzelnen Falle Nachsicht erteilt werden. Das Verfahren hierbei ist vereinfacht worden, indem entgegen dem Regierungsentwurf, der die Entschließung des Bürgerausschusses voraus, dem Land- bezw. Stadtrat die nötige Vollmacht erteilt. Besondere Befreiungsgründe, insbesondere das Recht jederzeitigen freien Austritts für die Frau, die in fädt. Körperschaften eingetretten ist, werden nicht aufgenommen. Die bereits bestehenden Gründe genügen, insbesondere Abhaltungen, die durch die Natur der Frauen drohen, Rechnung zu tragen. Das Ablehnungsrecht der Staats- und Gemeindebeamten und Bediensteten, sowie der Geistlichen und Lehrer wird dagegen anerkannt. Gestrichen wurden die bislang in der Gemeinde- und Städteordnung anerkannt gebliebenen Bestimmungen, wonach Konfuz, aktiver Militärdienst und Armenunterstützung Wahlrecht bezw. Bürgerrecht zum Nutzen bringen, ebenso sollen die Bestimmungen der Städteordnung weg über Verlust des Bürgerrechts bei Wegfall der selbständigen Lebensstellung, Nichterbringung von geschuldeten Gemeindeabgaben, und bei Wegfall der Umlagepflicht. Ueber den Entwurf der Regierung hinausgehend wird nicht nur für die Städte, sondern für alle Gemeinden die Vorfrist geschaffen, daß den Stadt- bezw. Gemeinderäten eine angemessene Entschädigung für Zeitaufwand zu gewähren ist, auf die nicht

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thiemé.

(Nachdruck verboten.)

Das Zerrn und Ziehen brachte ihn einigermassen zur Besinnung. Ob er eine Ahnung hatte, was seine treue Wirtin beabsichtigte? Wohl kaum, er sahde lediglich ihre Absicht, ihn zu tragen, und bemühte sich instinktiv, sie zu unterstützen. So, indem er sich ein wenig erhob, gelang es ihr, aufzustehen. Schritt für Schritt schleppte sie ihn vorwärts, doch war es ihr nur dadurch möglich, daß seine Füße den Boden berührten, und er sich selber mit ihrem Beistande einigermassen aufrecht erhielt. So brauchte sie sein volles Gewicht nicht zu tragen. Trotzdem ward die kurze Entfernung beinahe zu einer beschwerlichen Reise. Margarete straukelte und schwankte, zehnmal drohten die Hände des Kranken den ihren zu entgleiten, in welchem Falle ein gefährlicher Sturz für ihn die Folge gewesen sein würde. Krampfhaft hielt sie ihn deshalb fest, unter Herzklopfen und mit kochendem Atem schleifte sie ihn vorwärts. An der Stelle, wo die zwei Stufen fehlten, waren beide fast gestürzt, doch überwand Margarete die Schwierigkeit dadurch, daß sie auf der Erhöhung in die Knie sank. Fast wäre sie dabei zusammengebrochen. Weiter brachte sie ihre schwere Bürde indessen nicht. Den Unglücklichen hatte seine Besinnung verlassen und es blieb ihm nichts übrig, als den Körper bei beiden Schultern zu ergreifen und langsam durch den kurzen Flur in das Stübchen hineinzutragen.

Endlich lag er auf seinem Laubette. Margarete brach sich zusammen und brauchte wohl eine Viertelstunde, bis ihre Kräfte einigermassen wiederhergestellt waren, der Atem ruhiger ging und das Herz zu klopfen aufhörte. Wie leicht konnte sie sich einen schweren Schaden zugefügt haben! Doch daran dachte Margarete nicht, sie prüfte nur besorgt sein Aussehen, seinen Puls, sie fürchtete, die seltsame Beförderung möge seinem Zustande nachteilig geworden sein. Aber blieb ihr denn eine andere Wahl? Das Verbleiben im Schuppen bedeutete seinen sicheren Tod!

Indes fuhr der Patient fort, irre zu reden. Margarete wachte fast die ganze Nacht an seinem Lager, jeden Augenblick

bangte ihr, seine Natur werde der Macht des hohen Fiebers erliegen. Nicht bezah sie nicht, der Kamin im unteren Stübchen zog schlecht. Immerhin konnte sie das Feuer während der Nacht brennend erhalten, so daß sie doch nicht ganz ohne einen hellen Schimmer war. Im Laufe des Tages hatte sich das Wetter geändert, Wolken fanden am Himmel und verdeckten den Mond. So waren ihr einziger Trost die glimmenden Kohlen im Kamin, wie freundliche Augen schauten sie nach ihr hin, und von Zeit zu Zeit wandte sie den Blick nach ihnen, als wäre sie so weniger verlassen.

Unmäßig genährte sie sich daran, im Dunkeln zu sehen. Alle ihre Verrichtungen nahm sie so schnell vor wie am Tage. Während der nächsten fünf Tage und Nächte durfte sie kaum sein Lager verlassen, das kämpfende Leben drohte jeden Augenblick zu verlöschen. Schauerlich waren die Nächte mit den wilden, unstillen Phantasien, graufigen Bildern bedämmer er, fremde und deutsche Raute bunt durcheinander mischend, oftmals herauf, daß Margarete sich fürchtend ihr Antlitz mit der Hand bedeckte.

Wenig Schlaf kam in all dieser Zeit in ihre Augen. Laub zu einem notdürftigen Lager, sowie zum Zubeden hatte sie sich ja zusammengetragen und ihr Bett dicht neben dem einzigen beheizten, um jeden Augenblick zur Stelle zu sein. Ihr reiner, feiner Sinn dachte nur an seine Hilflos-dürftigkeit. Er war ja totkrank, konnte weder sie, noch wußte er, wo er sich befand. Morgens, wo er am ruhigeren lag, erneuerte sie den Holzvorrat, sie schnitt auch Zweige und Ast ab, stemmte sie zwischen die beiden Fensteröffnungen und stopfte die Lücken mit Laub aus. Um das Fleisch besser verwahren zu können, trug sie große Steine, die sie an dem verwitterten Abhange fand, heran und schützte damit den Zugang zu einer Ausböhlnung im Berge, in die sie ihre Vorräte brachte, weil sie hier kühler saßen, als im oberen Stübchen. Einen plumpen Stökel schnitzte sie sich, an seinem Lager liegend, aus einem Stübchen Birsenholz, auch sorgte sie täglich für eine Anzahl Reispöde oder harzige Zweige von den Kiefern weiter oben im Walde.

Allein das alles genügte nicht. Es mußten bald neue Lebensmittel herbeigeschafft werden, wenn nicht wieder Hunger und Not bei ihnen einkehren sollte. So lange jedoch sein Leben in steter Gefahr schwebte, durfte sie nicht weiter weggehen, ja,

am achten Tage wach sie keinen Augenblick von ihm, da war es am schrecklichsten. Der bleiche, abgekehrte Mann sprang immerfort vom Bette auf und wollte hinaus, sie war zuletzt ganz erschöpft von den Bemühungen, ihn zurückzubringen.

„Ja, das ist das Alarm-signal“, rief er mit wildem Feuer in den Augen. „Auf, taktel mit dem Schimmel! Hinein in den Kampf! Erhabener Gustav Adolphus, ich folge dir in den Tod!“ Margarete meinte und betete und rang die Hände. Sie verzweifelte an seiner Genesung. „Er wird die Nacht nicht überleben“, dachte sie und schluchzte bitterlich. Sie hatte ihn schon so sich gewonnen, den armen jungen Mann, der gewiß aus weiter Ferne kam, denn manchmal redete er stundenlang in einer fremden Sprache, von der sie kein Wort verstand. Sie mußte aber, es werde wohl Schwärzich sein. Ob er noch Eltern und Geschwister hatte, die ihn beweinen würden? Vielleicht eine Mutter, die schmüchlich auf Nachricht von ihm wartete und niemals erfahren würde, wo er geblieben sei und wo er begraben liege? Oder viellecht bezog er ein junges Weib oder eine Geliebte? Margarete erdte jedesmal, wenn sie sich auf dieser Frage ertappte. Einen Ehrentag er allerdinge nicht, nur einen schönen Siegestag, aber bei einem Soldaten nach dieser Umstand nicht allein maßgebend.

Erst nach Mitternacht ward er stiller, Schweiß drang aus allen seinen Poren, ein tiefer Schlaf, der an Bewußtlosigkeit streifte, lähmte alle seine Sinne.

„Nun verabschiedet er gewiß“, dachte Margarete und betete weinend. Aber er starb nicht. Spät am nächsten Morgen erwachte er wieder, seit vielen Tagen zum ersten Mal bläkten seine Augen klar und groß auf sie hin und mit schwacher Stimme flüsterte er: „Was ist mit mir? Bin ich krank gewesen?“ „Der Herr liegen schon seit zehn Tagen hier im Saufe“, erwiderte Margarete frohlockend. „Habt Ihr vergessen, daß Euch Pferd erschossen worden ist und Euch eine Kugel hart am Herzen vorbeiging?“

Der Kranke legte die abgelebte, durchsichtige Hand wie nachdenkend an die Stirn.

(Fortsetzung folgt.)

berichtet...
müssen...
deshalb...
und die...
Entscheidung...
einmütig...
und Geme...
redaktion...
berichte...
3. wie der...
Einigungs...
nachdem...
Oberbürger...
Städte...
den § 20...
Gemeinde...
rechts“.

In der...
wei der...
Licht...
wie in der...
untersteht...
In der...
eingefügt...
nach den...
antrag, w...
in der W...
ebenjo ein...
Lichtsum...
erleuchtet...
dem Fest...
strahlen...
jung. De...
ben. Bei...
den 8 St...
lung ange...
wird in d...
die Mitgl...
— ist be...
— In d...
wurden d...
genommen.

Der B...
in Verbind...
versammlung...
n.c.“, in d...
Wahns...
Bied dem...
die deutsc...
Der P...
Entscheid...
Nach der...
denen Ra...
herrschte...
Arbeiter...
gebung zur...
sich Wasser...
Was a...
wird, ist...
gelegt wer...
Die S...
in der C...
sinnen nicht...
berle feuda...
sten Kriege...
Um die...
Arbeiter...
ter in den...
den sozial...
in die Nat...
vom Fleisc...
habe, als d...
Löhne und...
Feber...
den deutsc...
litten. Die...
jeden Strei...
heit der W...
nichts willk...
rechts verla...
sitten und

Das G...
Bestimmt...
Branntlo...
wirtschaftl...
Kohlenw...
lenart u...
erzeugu...
zu einem...
die Regel...
Kuffisch...
Reichsreg...
traat die...
Reichswirt...
15 Mitgl...
von den A...
Bürgersch...
tamen Vor...
summen, da...
Nacht, im...
sängnis be...
Sozialfiscu...

Der B...
in Verbind...
versammlung...
n.c.“, in d...
Wahns...
Bied dem...
die deutsc...
Der P...
Entscheid...
Nach der...
denen Ra...
herrschte...
Arbeiter...
gebung zur...
sich Wasser...
Was a...
wird, ist...
gelegt wer...
Die S...
in der C...
sinnen nicht...
berle feuda...
sten Kriege...
Um die...
Arbeiter...
ter in den...
den sozial...
in die Nat...
vom Fleisc...
habe, als d...
Löhne und...
Feber...
den deutsc...
litten. Die...
jeden Strei...
heit der W...
nichts willk...
rechts verla...
sitten und

Das G...
Bestimmt...
Branntlo...
wirtschaftl...
Kohlenw...
lenart u...
erzeugu...
zu einem...
die Regel...
Kuffisch...
Reichsreg...
traat die...
Reichswirt...
15 Mitgl...
von den A...
Bürgersch...
tamen Vor...
summen, da...
Nacht, im...
sängnis be...
Sozialfiscu...

Der B...
in Verbind...
versammlung...
n.c.“, in d...
Wahns...
Bied dem...
die deutsc...
Der P...
Entscheid...
Nach der...
denen Ra...
herrschte...
Arbeiter...
gebung zur...
sich Wasser...
Was a...
wird, ist...
gelegt wer...
Die S...
in der C...
sinnen nicht...
berle feuda...
sten Kriege...
Um die...
Arbeiter...
ter in den...
den sozial...
in die Nat...
vom Fleisc...
habe, als d...
Löhne und...
Feber...
den deutsc...
litten. Die...
jeden Strei...
heit der W...
nichts willk...
rechts verla...
sitten und

Das G...
Bestimmt...
Branntlo...
wirtschaftl...
Kohlenw...
lenart u...
erzeugu...
zu einem...
die Regel...
Kuffisch...
Reichsreg...
traat die...
Reichswirt...
15 Mitgl...
von den A...
Bürgersch...
tamen Vor...
summen, da...
Nacht, im...
sängnis be...
Sozialfiscu...

Der B...
in Verbind...
versammlung...
n.c.“, in d...
Wahns...
Bied dem...
die deutsc...
Der P...
Entscheid...
Nach der...
denen Ra...
herrschte...
Arbeiter...
gebung zur...
sich Wasser...
Was a...
wird, ist...
gelegt wer...
Die S...
in der C...
sinnen nicht...
berle feuda...
sten Kriege...
Um die...
Arbeiter...
ter in den...
den sozial...
in die Nat...
vom Fleisc...
habe, als d...
Löhne und...
Feber...
den deutsc...
litten. Die...
jeden Strei...
heit der W...
nichts willk...
rechts verla...
sitten und

Das G...
Bestimmt...
Branntlo...
wirtschaftl...
Kohlenw...
lenart u...
erzeugu...
zu einem...
die Regel...
Kuffisch...
Reichsreg...
traat die...
Reichswirt...
15 Mitgl...
von den A...
Bürgersch...
tamen Vor...
summen, da...
Nacht, im...
sängnis be...
Sozialfiscu...

Der B...
in Verbind...
versammlung...
n.c.“, in d...
Wahns...
Bied dem...
die deutsc...
Der P...
Entscheid...
Nach der...
denen Ra...
herrschte...
Arbeiter...
gebung zur...
sich Wasser...
Was a...
wird, ist...
gelegt wer...
Die S...
in der C...
sinnen nicht...
berle feuda...
sten Kriege...
Um die...
Arbeiter...
ter in den...
den sozial...
in die Nat...
vom Fleisc...
habe, als d...
Löhne und...
Feber...
den deutsc...
litten. Die...
jeden Strei...
heit der W...
nichts willk...
rechts verla...
sitten und

Das G...
Bestimmt...
Branntlo...
wirtschaftl...
Kohlenw...
lenart u...
erzeugu...
zu einem...
die Regel...
Kuffisch...
Reichsreg...
traat die...
Reichswirt...
15 Mitgl...
von den A...
Bürgersch...
tamen Vor...
summen, da...
Nacht, im...
sängnis be...
Sozialfiscu...

Der B...
in Verbind...
versammlung...
n.c.“, in d...
Wahns...
Bied dem...
die deutsc...
Der P...
Entscheid...
Nach der...
denen Ra...
herrschte...
Arbeiter...
gebung zur...
sich Wasser...
Was a...
wird, ist...
gelegt wer...
Die S...
in der C...
sinnen nicht...
berle feuda...
sten Kriege...
Um die...
Arbeiter...
ter in den...
den sozial...
in die Nat...
vom Fleisc...
habe, als d...
Löhne und...
Feber...
den deutsc...
litten. Die...
jeden Strei...
heit der W...
nichts willk...
rechts verla...
sitten und

Das G...
Bestimmt...
Branntlo...
wirtschaftl...
Kohlenw...
lenart u...
erzeugu...
zu einem...
die Regel...
Kuffisch...
Reichsreg...
traat die...
Reichswirt...
15 Mitgl...
von den A...
Bürgersch...
tamen Vor...
summen, da...
Nacht, im...
sängnis be...
Sozialfiscu...

Der B...
in Verbind...
versammlung...
n.c.“, in d...
Wahns...
Bied dem...
die deutsc...
Der P...
Entscheid...
Nach der...
denen Ra...
herrschte...
Arbeiter...
gebung zur...
sich Wasser...
Was a...
wird, ist...
gelegt wer...
Die S...
in der C...
sinnen nicht...
berle feuda...
sten Kriege...
Um die...
Arbeiter...
ter in den...
den sozial...
in die Nat...
vom Fleisc...
habe, als d...
Löhne und...
Feber...
den deutsc...
litten. Die...
jeden Strei...
heit der W...
nichts willk...
rechts verla...
sitten und

berichtet werden darf. Die indirekte Wahl der Oberbürgermeister und Bürgermeister und der Stadträte in den Städteordnungsstädten wird gutgeheißen. Ein Antrag von Zentrumsseite, daß bei der Wahl durch den Bürgerausschuß nur die Stadträte und die Stadtverordneten, nicht auch die Bürgermeister mitstimmen sollen, findet Annahme mit einer Stimme Mehrheit bei einer Enthaltung. Das passive Wahlrecht der Gemeindebeamten wird einstimmig geschaffen. Zu den Hinderungsgründen bei Stadt- und Gemeinderat tritt jetzt die Ehe hinzu. Die daher gehörigen rechtlichen Änderungen beider Gemeindegesetze werden gutgeheißen. Die Zeitdauer der Wahl der Stadt- und Gemeinderäte wird mit Mehrheitsbeschluß auf vier Jahre bestimmt, statt 3, wie der Regierungsentwurf vorsah. Die Bestimmungen über die Einziehung von Frauen zu den Kommissionen werden beseitigt, inwieweit die Frauen zu allen Ämtern, auch zu denjenigen des Oberbürgermeisters zugelassen sind. Das letztere wird für die Städte- und Gemeindeordnung zweifelsfrei festgestellt, indem dem § 20 Abs. 1 Satz 2 der Städteordnung und § 16 Abs. 2 der Gemeindeordnung eingefügt wird: „ohne Unterschied des Geschlechts“. Damit ist Art. I der Regierungsvorlage erledigt.

Die Schulfrage im Verfassungsausschuß.

In der getrigen Sitzung des Verfassungsausschusses kam es zur nochmaligen Beratung des Schulparagrafen zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Der Abs. 1 des § 19 bleibt wie in der Regierungsvorlage; er lautet dort: „Die Schule untersteht den Gesetzen und der Aufsicht des Staates.“ In dem Abs. 2 dieses Paragrafen wurde als erster Satz eingefügt: „Die Erteilung des Religionsunterrichts richtet sich nach den Bestimmungen des Schulgesetzes.“ Ein Zentrumsantrag, wonach die bisherigen Bestimmungen des Schulgesetzes in der Verfassung verankert werden sollen, wurde abgelehnt, ebenso ein Zusatz von Zentrumsseite, der besagt, daß der Religionsunterricht von den zuständigen Religionsgemeinschaften erteilt und überwacht wird. Jede Klausel über die Befreiung vom Religionsunterricht wird mit 12 gegen 9 Stimmen gestrichen. Der Absatz 3 bleibt in der Verfassung nach der 2. Lesung. Der § 187 des Schulgesetzes wird ausdrücklich aufgehoben. Bei der Gesamtstimmung wurde der § 19 mit 11 gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen in der neuen Fassung angenommen. — Als Ergänzung zu § 4 der Verfassung wird in einem besonderen Paragrafen bestimmt, daß auch die Mitglieder der Oberrechnungskammer wählbar sind. Damit ist der § 4 des Oberrechnungskammergesetzes aufgehoben. — In der weiteren Beratung des Verfassungsausschusses wurden die §§ 53 bis 56 mit kleinen Änderungen angenommen.

Deutsches Reich.

Gegen den Massenstreik.

Der Vorstand der sozialdem. Partei Deutschlands, in Verbindung mit der sozialdem. Fraktion der deutschen Nationalversammlung erlassen einen Aufruf „Gegen die Thranen“, in dem es u. a. heißt:

Gegen die Tyrannei!

Wahnsinn und Verbrechen jagen durch die deutschen Lande. Wird dem wilden Willen nicht endlich Einhalt getan, gräbt sich die deutsche Arbeiterklasse ihr eigenes Grab. Der politische Massenstreik war als Kampfmittel der Entrechteten angebracht, solange die Arbeiter unter dem politischen Joch der Junker und Kapitalisten schmädelten. Seit den entscheidenden Novembertagen hat er jeden Sinn verloren. Seitdem herrscht politische Gleichheit und Demokratie. Seitdem besitzt die Arbeiterklasse andere Mittel, um ihren Willen in der Gesetzgebung zur Geltung zu bringen. Seitdem schneidet jeder politische Massenstreik ins eigene Fleisch der Arbeiter. Was als Ziel der wilden, ziellosen Bewegungen hingestellt wird, ist schon erreicht oder wird in nächster Zukunft gefestigt festgelegt werden.

Die Sozialisierung wird sicher kommen! In dem Maße und in der Eile, die volkswirtschaftlich nur irgend wie möglich ist. Wir können nicht in vier Wochen hinwegträumen, was vier Jahrzehnte feudaler Wirtschaft und vier lange Jahre des entsetzlichen Krieges uns an Schutt und Trümmern hinterlassen haben. Um die demokratischen und sozialistischen Ziele der deutschen Arbeiterklasse durchzuführen, braucht wirklich kein einziger Arbeiter in den Streik zu treten. Dafür bürgt die Fraktion, die von den sozialdemokratischen Männern und Frauen Deutschlands in die Nationalversammlung entsandt worden ist. Sie ist Fleisch vom Fleisch der deutschen Arbeiter und kennt keine andere Aufgabe, als den Willen der Genossen und Genossinnen in die politische und gesetzgeberische Tat umzuwandeln.

Jeder politische Massenstreik nicht daher heute nicht mehr den deutschen Arbeitern, nein, er nicht nur den deutschen Kapitalisten. Die Unternehmer reißen sich die Hände vor Freude über jeden Streiktag, den sie nicht zu bezahlen brauchen. In dieser Zeit der Wirtschaftslähmung und des Wohlstandsmangels kann ihnen nichts willkommener sein, als daß die Arbeiter geschlossen die Betriebe verlassen. Jeder Massenstreik nützt heute die Kapitalisten und schädigt die Arbeiter.

Das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft

bestimmt u. a.: Kohlen im Sinne dieses Gesetzes sind Steinkohlen, Braunkohlen, Brechstein und Koks. Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schließt die Kohlenherzeugung für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrates ob. Die Reichsregierung sichert die Feststellung der Preise. Vor der Regierung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft zu berufen, der aus 45 Mitgliedern besteht. Je 15 Mitglieder sind nach näherer Bestimmung der Reichsregierung von den Arbeitgebergruppen und den Arbeitnehmergruppen der Arbeitsämter zu wählen. Die Reichsregierung erläßt die weiteren Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes und kann bestimmen, daß Zwischerverhandlungen mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark, im Wiederholungsfall außerdem bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden. Das Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Berlin, 2. März. Unter starker Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches trat heute nachmittags im großen Sitzungssaal des Herrenhauses ein außerordentlicher Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammen. Unter den Delegierten sah man unter anderen Gaebe, Dr. Breitscheid, Dittmann, Emil Barth, Wolf Hoffmann, Baumig, Richard Müller. Die Begrüßungssprache hielt Juchacz, der unter anderem folgendes ausführte: Ganz Deutschland steht in Flammen und während man an einem Ende des Landes mit Sandgranaten, Maschinengewehren und Kanonen den Brand zu löschen sucht, lösen die Flammen an anderen Enden des Reiches nur um so kräftiger auf. In Weimar lebt man in der Hoffnung, daß es dem starken Mann Roske gelingen werde, in kürzester Zeit die Revolution totzuschlagen. Die Regierung bedenklich, daß sie auf einem Vulkan sitzt, der sie jeden Augenblick unter seiner Lava begraben kann.

Als nächster Redner rückte Gaebe aus: Die Revolution ist nicht zu Ende. Wir stehen mitten in der revolutionären Entwicklung und es besteht kein Zweifel, daß sie ihre Vollendung finden wird in dem Triumph des internationalen Sozialismus. Die von der Straße oberene Regierung, die aus dem von revolutionärer Leidenschaft erfüllten Berlin nach dem weltentlegenen Weimar geflüchtet ist, hat jetzt eine Proklamation über die Sozialisierung erlassen, die die Bevölkerung beschwichtigen soll. Die Verbündeten der Regierung geht so weit, daß sie glaubt, durch die Faust eines Roske die größte geistige Bewegung, die wir in Deutschland je erlebt haben, niederzuschlagen. Das Blut, das geflossen ist, ist ein gutes Bindemittel, das die Arbeiterkraft immer mehr zusammenzieht. Wenn die Unabhängige Sozialistische Partei bei den Nationalwahlen auch nur eine kleine Zahl von Mandaten hat erlangen können, so ist nach diesem Zeitpunkt ein großer Umschwung bei den Massen eingetreten und mit aller Bestimmtheit weiter zu erhoffen. Die Vereitelung des Kapitalismus und die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische kann nur dann bald verwirklicht werden, wenn aus dem internationalen Sozialismus sich diesem Werte widmet. Von der unabhängigen Partei soll man später sagen können, daß sie an der Spitze der neuen internationalen Revolution marschiert sei.

Nach der Rede Gaebes wurden zu Vorstehenden des Parteitages gewählt: Dittmann-Berlin, Brühl und Lipsitz-Leipzig. Die Feststellung der Tagesordnung für den Parteitag rief eine längere Debatte hervor. Als weiterer Beratungsgegenstand wurde die Erörterung der Stellungnahme zu den Gewerkschaften als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Den Geschäftsbericht erstattete Frau Luise Zick. Die Agitation auf legalem Wege ist außerordentlich erschwert und zum Teil fast unmöglich gemacht worden, so daß man abzunehmende Maßnahmen zu illegalen Mitteln habe greifen müssen. Vor der Revolution sätzte die Partei 100 000 Mitglieder, im Januar ds. Jrs. hatte sie bereits über 300 000 Mitglieder, darunter 70 000 Frauen. Der Jutrom sei andauernd reger und es seien eine große Anzahl mehrheitssozialistischer Organisationen zu der Unabhängigen Partei übergetreten. Die Rednerin erörterte zum Schluß auch die Frage der Einigung des Proletariats und kam zu dem Schluß, daß sie auch von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erstrebte Einigung jetzt nur dadurch möglich sei, daß die in der Mehrheitssozialdemokratie organisierten Arbeiter dieser Partei den Rücken kehren und sich gegen die Politik ihrer Führer erheben.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 5. März 1919.

Die Sitzung wurde um 14 Uhr nachmittags eröffnet. Tagesordnung: Deutschnationale Interpellation über die Zustände in der Provinz Posen.

Frau Abg. Dr. Schirmer (D.Nat.): In den Ostmarken ist heute noch Krieg, denn die Polen haben trotz des Waffenstillstandes vom 17. Februar die Feindseligkeiten nicht eingestellt. Die deutsche Bevölkerung auf der ganzen Demarkationslinie ist in Angst und Not. Zehntausende sind geflüchtet. Noch schlimmer sind die jenseits der Demarkationslinie unter polnischer Herrschaft lebenden Deutschen daran, wo keine deutsche Verwaltung steht. Dort beginnt jetzt die Auswanderung der im Westen befindlichen polnischen Bevölkerung, die ungefähr 200 000 Familien stark jetzt in die Ostmark zurückkehren, um das polnische Element zu verstärken und bei einer Abstimmung beweisen zu können, wie stark polnisch Posen ist. Die Gerichte sind einseitig mit Polen besetzt und parteiisch. Daraus ergibt sich völlige Rechtlosigkeit der Deutschen. Die Aushebung erwidert sich auch auf Deutsche. Die deutschen Geiseln, die ihre Kost wie das Vieh aus einem Napf erhalten, sind noch nicht zurückgegeben. Die deutschen Städte und Dörfer werden mit hohen Kriegsteuern belegt. Alle Deutschen sollen von ihrem Einkommen 50 Prozent Steuern für das polnische Heer zahlen. Die Rednerin schildert weiter in bewegten Worten die Grausamkeiten, mit denen der Krieg von den Polen gegen die Deutschen geführt wurde. Soll das Posener Trauerhölzchen auch auf Westpreußen übertragen? Die Polen haben in Westpreußen schon einen Staat im Staate gegründet. Die Danziger Bevölkerung ist außerordentlich beunruhigt. Ist Frage daher die Regierung, was sie zu tun gemeint und fähig?

Reichsminister Erzberger: General Dupont hat erklärt, daß um Verletzungen der Demarkationslinie zu verhindern, alliierte Offiziere entsandt werden sollen. Er hat sich weiter verpflichtet, für die Durchführung des Schutzes der deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie einzutreten. Die alliierten Regierungen werden gegen alle polnischen Übergriffe eingreifen.

Preussischer Unterstaatssekretär Heinrichs: Durch das Vorkommen vom 17. Februar ist der Schutz der Deutschen östlich der Demarkationslinie der internationalen Kommission in Warschau übertragen worden, die in diesen Tagen in Bromberg zusammenzutreten wird. Die preussische Regierung hat der Kommission bereits die Grundzüge mitgeteilt, nach denen sie die Verhandlungen geführt zu wissen wünscht. Sie fordert u. a., daß die Provinz Posen ein Bestandteil Preußens bleibt.

Abg. Schulz-Posen (Soz.): Ich bin etwas pessimistischer als die Regierung. Ich habe genug mit den Polen verhandelt und muß sagen: soviel Verhandlungen soviel Fortschritte. Man wird versuchen, für das ganze zweisprachige Gebiet eine paritätische Verwaltung einzurichten. Wenn man im Gegensatz zu der alten Regierung und den altdeutschen Treibern Menschenrechte und Volksrechte achtet, wird es möglich sein, daß die Polen neben den Deutschen und die Deutschen neben den Polen wollen.

Abg. Sagawe (Zent): Auch östlich der Demarkationslinie liegen noch rein deutsche Gebiete. Die Polen sollten aus Rücksicht sich nicht verleiten lassen, Lebensmittel aus Polen zurückzuhalten und dadurch in Deutschland die Hungernot zu begünstigen. Hunger ist der Vater des Bolschewismus. Wenn dieser auch in Deutschland zur Herrschaft gelangt, dann ist das Schicksal Polens besiegelt. Die Zukunft des polnischen Volkes kann nur durch eine Verständigung mit Deutschland sichergestellt werden.

Abg. Dr. Hermann-Posen (Dem.): Als die Revolution kam, hatten die Polen schon alle Vorbereitungen getroffen, um ihren Ansprüchen praktisch Nachdruck zu geben durch ihre Organisationen der Volksräte. Sie erschienen dann auch vollständig gerüstet auf dem Plane, um in wenigen Stunden die militärische Macht in Posen und in der Provinz Posen an sich zu reißen. Daß Polen kulturell und wirtschaftlich eine deutsche Provinz ist, ist über allen Zweifel erhaben, auch ethnographisch ist es nicht unzusammenhängend polnisch. Wenn wir wirklich einen Reichsriten bekommen, brauchen wir uns um die Ostmark keine Sorge zu machen, aber mir scheint das sehr zweifelhaft.

Abg. Weiermann (Deutsche Volksp.): Die Roslage unserer Volksgenossen in der Ostmark ist in der Tat erbärmlich. Die Regierung erwartet alles von den Verhandlungen in Bromberg. Wir können aber dieser Entente-Kommission nicht unser Heil erwarten. Wir befürchten, daß diese Herren den Aufteilungsplan schon fertig mitgebracht haben.

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.): Was jetzt den Deutschen von den Polen geschieht, ist genau so zu beurteilen wie das, was früher den Polen von den Deutschen geschah. Die Polen haben allerdings ein großes Talent in ihrer Presseorgane, einen Teilstand in das Gegenteil zu verkehren. Infolge der Antipolenpolitik kam der

Haß der Polen zum Ausdruck als Deutschland schwach geworden war. Leider sieht dem nicht zu beitretenen Uebermut der Polen auf deutscher Seite eine heimtückische schwache Politik gegenüber, die sich in Unvollständigkeit und würdeloser Anbiederung an die Entente erschöpft. Ein Grenzschutz wird nur soweit möglich und gerechtfertigt sein, als es gilt, hungernde und plündernde Banden aus Kongresspolen abzuwehren. Der Abg. Cohn schloß mit heftigen Angriffen auf Minister Erzberger.

Minister Erzberger: Die Angriffe des Abg. Cohn berühren mich nicht. Er wirft eine heimtückische Politik gegen die Polen vor und polemisiert dagegen, daß wir eine Nachbefeuer schaffen. Wo bleibt da die Logik. Wer hat den Grenzschutz im Osten unmöglich gemacht? Die Unabhängige Sozialdemokratie.

Abg. Schulz-Bromberg (D.Nat.): Es ist nicht wahr, daß in der Ostmark ein gedemütigtes polnisches Volk gelebt hat. Die jetzigen Zustände haben ihre Ursache in der Errückung des königlichen Polen, welches die Mehrheit des Reichstages gestützt und überhaupt möglich gemacht hat.

Abg. Bärowald (Dem.): Die Militärpartei hat im November 1916 das königliche Polen errichtet.

Abg. Davidsohn (Soz.): Wir werden zu einer friedlichen Verständigung mit den Polen kommen müssen.

Abg. Effe (D.Vp.): Durch die Erlasse, wodurch die Deutschen zum Eintritt in die polnische Bürgerwehr und zur Steuerpflicht für diese Wehr herangezogen werden, ist die deutsche Bevölkerung in höhere Bewusstseinsstufen gekommen. Wir verlangen klare Weisungen, wie sie sich demgegenüber verhalten sollen.

Nächste Sitzung Freitag 3/4 17. Anfragen. Sozialisierungs-gesetz. Gesetz über Regelung der Kohlenwirtschaft.

Abg. Weimar, 5. März. Die Regierung hat ein allgemeines Sozialisierungs-gesetz und ein Reichskohlen-gesetz eingebracht, über deren Durchführung alsbald mit einem gesetzlich vorgeschriebenen Sachverständigenrat verhandelt werden wird. Dieser ist ein Vorläufer des Reichskohlenrats, des Selbstverwaltungsorgans, das die ganze Kohlenwirtschaft leiten soll. Bei dem eingebrachten Gesetz waren die Vorarbeiten der Sozialisierungs-kommission von größtem Wert.

Abg. Weimar, 5. März. Wie wir zuverläßig hören, haben die bis in die späten Nachstunden andauernden Einigungs-verhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Mehrheitssozialdemokraten und der Regierung einen günstigen Verlauf genommen. Die Arbeiterdeputierten sind noch in der Nacht nach Berlin zurückgekehrt, um die Vorschläge der Regierung den streikenden Arbeitern zur Genehmigung vorzulegen. Wie verlautet, sollen diese Vorschläge in der Nacht einer Verankerung der A- und C-Räte in der Verfassung sich bewegen.

Abg. Weimar, 5. März. Der Nationalversammlung ist folgende Interpellation der Mehrheitsparteien zugegangen: Die in Deutschland vorrätige Ernte reicht nicht aus, das deutsche Volk bis zur Einbringung der diesjährigen Ernte zu ernähren. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicher zu stellen?

Baden.

Feststellung. Man schreibt uns: Der Bezirkslehrerverein Karlsruhe-Land hat in seiner Sitzung am 1. 3. zu dem Artikel „Dummheit oder Sozialistenhaß“ im „Volkstribun“ Stellung angenommen. Es wurde hierbei einstimmig festgestellt, daß im Bezirkslehrerverein Karlsruhe-Land nie behauptet oder gar beschlossen wurde, die Zugehörigkeit eines Lehrers zur Sozialdemokratie untergrabe das Vertrauen der Eltern unserer Schüler. Es ist dies die tiefste und schändlichste Verleumdung eines dem Verein vollständig unbekanntem Herrn. Der Verein steht vielmehr grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß auch der Lehrer wie jeder Staatsbürger das Recht haben muß, sich der Partei anzuschließen, welche seine persönlichen politischen Anschauungen vertritt.

Im Auftrag des Bezirkslehrervereins Karlsruhe-Land: Malsch, Vorsitzender.

Unser Berichterstatter wird sich in dieser Angelegenheit wohl nochmals äußern.

r. Durlach, 4. März. Nächsten Samstag, 8. März, fällt der Sozialdemokratische Verein Durlach im Gasthaus zum „Lamm“ eine Mitglieder-versammlung ab. Die Versammlung wird sich neben dem Bericht über die am letzten Sonntag in Karlsruhe stattgefundene Wahlkreis-konferenz des 8. badischen Wahlkreises zur bad. Nationalversammlung mit verschiedenen anderen die Partei betreffenden Fragen zu beschäftigen haben. An die Parteigenossen und Genossinnen nebst den Lesern der Parteipresse ergeht der Ruf, vollständig zu erscheinen.

* Durlach, 4. März. In Röhlingen wurde bei einer Schlägerei der Wäbrieger Landwirt Karl Konfelmann von einem Soldaten erschossen.

* Durlach, 5. März. Das Gen.-Kom. des 14. U.-A. hat verfügt, daß Mannschaften, die ihre Schulausbildung zur Ablegung der Reifeprüfungen, die Seminar-ausbildung oder ihre Studien auf einer Hochschule vollenden oder an Sonderkursen für Kriegsteilnehmer teilnehmen wollen, zu beurlauben sind.

* Rastatt, 4. März. Kaufmann Gräfinger hat aus Anlaß seines 50jährigen Geschäftsjubiläums der Stadt zu wohlthätigen Zwecken 50 000 Mk. gestiftet. Ferner überwieß Herr Gräfinger der Pensionskasse seiner Angestellten den Betrag von 20 000 Mk.

* Geiselsberg, 5. März. In einer Sitzung des großen Rates des hiesigen Volksrats wurde u. a. beschlossen, die Unversität zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß das Karlsruher seitens der Studenten unterbleibt. Der bisherige Vorsitzende des Volksrats Abg. Maier hat sein Amt mit Rücksicht auf seine Arbeit in der Landeszentrale und auch durch persönliche Angriffe dazu getrimmt, niedergelegt.

* Vom Schwarzwald, 8. März. Zur Erinnerung an den Weltkrieg werden in verschiedenen Gemeinden des Schwarzwalds „Volkshäuser“ errichtet werden. In St. Georgen wurden der Stadtgemeinde zu diesem Zweck 20 000 Mk. gespendet.

* St. Georgen i. Schw., 4. März. Vor einigen Tagen brach im Wiesbause der Firma Ph. Haas und Söhne ein Schadenfeuer aus. Das Haus war von 6 Familien bewohnt, die sämtlich geschädigt wurden. Insgesamt sind Fahrnisse im Werte von gegen 4000 Mk. verbrannt, der Schaden am Gebäude wird auf etwa 5000 Mk. berechnet.

* St. Georgen i. Schw., 4. März. Für Schweine werden zurzeit Preise bezahlt, die ganz unglücklich klingen. Vor kurzem verlangte ein Verkäufer für ein Schwein im Lebendgewicht von etwa 150 Pfund und im Schlachtgewicht von etwa 110 Pfund 1600 Mk.

* Mannheim, 6. März. Gestern vormittag wurde der 27jährige Metzger Alles, der mit der Ehefrau des Linders Friedrich Kiefer ein Liebesverhältnis unterhielt, von dem letzteren erschossen.

* Glash, 6. März. Durch Feuer sind die Anwesen des Schneiders Trenkle und des Hölzlers Kaufner vollständig zerstört worden.

* Weinsheim, 5. März. Die drei von der hiesigen Volkswirtschaft verhafteten Mannheimer Verbrecher haben ein Geständnis abgelegt, den Raubmord an dem Landwirt Helfrich in Hinkelrimbach verübt zu haben.

* Ettenheim, 6. März. In Kapp's a. Rh. ist ein Homosexueller verhaftet worden, der in Freiburg ein Zimmer gemietet hatte, wo er die zusammengekauften Waren aufbewahrte, die von ihm dann nach Norddeutschland verkauft wurden.

*** Lanberbischsheim, 3. März.** Der Lanbergau wird in der letzten Zeit von Hamstern geradezu überschwemmt. Zum Teil kommen sie aus weiter Ferne, vor allem aus der Mannheimer und Heilbronner Gegend. Die Hamstern begnügen sich aber allem Anschein nach nicht damit, für ziemlich hohe Preise Lebensmittel auf den Dörfern zu kaufen, sondern sie verlegen sich auch auf den Diebstahl. Es wurden jüngst nacheinander in Landen von Hamstern mehrere Güterwagen mit Lebensmitteln erbrochen und ihres Inhalts beraubt.

*** Engelschleppf Pledfieberfälle.** Da in die neutrale Zone durch heimreisende ehemalige Heeresangehörige vier Pledfieberfälle eingeschleppt wurden, drohen die Franzosen mit Verschärfung der Einreiseverhältnisse. Das Kriegsministerium hat daher verfügt, daß alle aus dem Osten in die neutrale Zone einreisenden Heeresangehörigen zunächst eine 14tägige Quarantäne durchzumachen haben. Die Erlaubnis zum Verreisen der neutralen Zone wird daher in Zukunft an solche Personen erst nach 14tägiger Wartzeit erteilt werden.

w. Der Badische Landesrat für Körperpflege und Jugendberziehung legte Sonntag im „Lüdenraden“ in Karlsruhe eine zahlreich besetzte Sitzung ab. Der Vorsitzende, Prof. Dr. F. u. H. wurde einleitend ausgeführt: Die Jugendberziehung soll eine streng bürgerliche sein. Alle Sportvereine sollen in einem Zweckerwerb zusammengeschlossen, alles Fremden vermieden und deshalb Partei und Konfession streng fern gehalten werden. Es wäre ein Landesamt für Körper- und Jugendberziehung zu bilden und mit Fachleuten zu besetzen, die eigens zu diesem Zwecke ausgebildet werden sollen. Mit Beginn der Schulpflicht müssen auch die Körperübungen beginnen und sollen eventuell mit Benützung von Stammrollen für die Schullassen bis zum 21. Lebensjahre dauern. Von Staat und Gemeinde sei weitgehende Unterstützung zu erwarten. — In der regen Diskussion wurde vieles zur Klärung beigetragen. Es wurden Spielplätze und Schwimmbäder und deren rege Benützung im Pflichtfach verlangt. Allgemein wurde gewünscht, daß man nicht streng bürgerlich erzühen, nicht die Kinder mit schlechtem Fortkommen vom Spiel ausschließen, keine Landesstammrollen zum Zwang von Teilnahme an Ausübung von Sport verwenden soll. Auch wurde verurteilt, daß man auf Grund der Stammrollen die schulenlässige Jugend nach Wahl den Vereinen zuweisen will. Im allgemeinen kann man die Bestrebungen, solange sie sich im Geiste der neuen Zeit bewegen, nur unterstützen. Die Arbeitervereine werden zu dieser Frage noch Stellung nehmen.

*** Die Verwertung des freierwerbenden Heeresgutes.** Die zur Verwertung des freierwerbenden Heeresgutes bisher bestehenden Stellen wurden jetzt zum Bad. Verwertungsamt vereinigt. Dieses besteht aus zwei selbständigen Abteilungen, wovon die Abteilung 1 die Verwertung der Gegenstände des täglichen Bedarfs, die Abteilung 2 die Verwertung der Gegenstände des gewerblichen Bedarfs bearbeitet. Die Geschäftsbüro der badischen Verwertungsämter befinden sich in Karlsruhe, Stefanienstraße 61; Drahtstraße 1, Verwertung. Im gleichen Gebäude ist auch die Zweigstelle Baden des Reichsverwertungsamtes untergebracht. Zur Vertretung der badischen Interessen beim Reichsverwertungsamt in Berlin wurde Regierungsrat Karl Becker als badischer Bevollmächtigter bestellt.

Die städtischen Beamten und die Gemeinbewohner. Der Verein städtischer Beamten in Karlsruhe hat eine Entschließung angenommen, in der verlangt wird, daß im Entwurf zum Rotgesetzbuch des Gemeinbewohners der städt. Beamten das aktive und passive Wahlrecht für den Bürgerauschuss und den Stadtrat unter allen Umständen gewahrt wird.

Die Herren „Kostleranten“. Der Arbeiter- und Volksrat in Baden-Baden hatte in einer Pressekonferenz die Kostleranten u. a. aufgefordert, der Zeit Rechnung zu tragen und mit den Höfen auch die Kostleranten verschwinden zu lassen, schon mit Rücksicht und Liebe zur neuen republikanischen Staatsform. Während nun das demokratische „Bad. Tagblatt“ die Notiz brachte, allerdings mit einem langatmigen und hinterhältigen Kommentar, hat das Organ für Freiheit und Recht, die „Bad. Volkszeitung“, die Notiz unter dem Titel fallen lassen, ohne sie heute wieder zu finden. Interessant wäre es, zu erfahren, warum dies, da ja auch das Zentrum sich bei der Wahlpropaganda mit Pauken und Trompeten auf den Boden der Republik gestellt hat, müßte man ja annehmen, daß es wieder einmal umgekehrt hat.

z. Immer noch Wahlkummer. Aus Forst bei Bruchsal wird uns geschrieben: Trotzdem doch nun eine geraume Zeit seit den Wahlen verstrichen ist, und schon bald wieder neue Wahlen vor der Tür stehen, kann sich unser Herr Ortspfarrer Wucherer über den Ausfall immer noch nicht beruhigen. Die große Zahl sozialdemokratischer Stimmen sind ihm anscheinend schwer auf die Nerven gefallen und deshalb versucht er, da es ihm mit seinen Schäflein nicht gelang, die Sozialdemokratie totzukümmern, sie totzureden. Sein Tätigkeitsfeld ist der christliche Mütterverein. Da redete er in einer kürzlichen Versammlung den versammelten Frauen vor, an dem ganzen gegenwärtigen Stand seien die Sozialdemokraten schuld. Verzoget fragte er die Frauen: was habt ihr da am 5. und 19. Januar gemacht? Von den Männern habe er ein solches Resultat zu erwarten, aber von den Frauen hätte er sich ein Verhalten — nämlich das Abgeben eines sozialdemokratischen Stimmzettels — nicht erwartet! Wir können dem Herrn Pfarrer die Sorgen und Kummernisse nachfühlen, allein, wenn er gerecht denken wollte und einmal die Politik seiner Zentrumspartei kritisch betrachten würde, so würde ihm wohl die Erkenntnis aufdämmern, warum auch die Frauen sozialdemokratisch gewählt haben. Weil sie ebenfalls die Schindluderpolitik des Zentrums durchschaut haben. Weil sie wissen, daß die Fiktion und Militärpolitik des Zentrums vor dem Kriege mitgeholfen hat, daß dieser unglückliche Krieg gekommen ist und weil die Haltung eines Teils des Zentrums während des Krieges mit Schuld an dessen unglücklichen Ausgang trägt. Das haben die Frauen erkannt und deshalb haben sie dem Zentrum am Wahltag die verdiente Antwort gegeben. Und auch deshalb, weil sie erkannt haben, daß die Ausübung seines Amtes in der Schule, in der Kirche und von der Kanzel von dem Herrn Pfarrer nicht immer im Sinne des Nationalinteresses und gemäß den Lehren seiner Kirche geschah, sondern daß sehr oft diese Betätigung im Interesse seiner politischen Partei vor sich ging. Statt weiterzuschimpfen läte also der Herr Pfarrer weit besser daran, sich wieder auf die Lehren seiner Religion zu bestimmen und in Interesse des Friedens in der Gemeinde seine verheißene Arbeit einzustellen.

Ein Klaffer.

Von befreundeter Seite gehen uns einige Nummern des in Bretten erscheinenden „Süddeutschen Volksblattes“ zu, ein Standesorgan, das wir sonst aus Reinlichkeitsgründen auf unserer Redaktion nicht halten; außerdem legt in Bretten der frühere bündlerische, konfessionelle uhm. Abgeordnete Schmidt, der leider im diesjährigen Wahlkampf sich recht wenig bemerkbar machte, worauf es wohl zurückzuführen ist, wenn in den Versammlungen die heitere Note fehlte. Das „Süddeutsche Volksblatt“ des Herrn Schmidt bedingt sich in Forschungen, mit außerordentlichem Talent, es seinem großen Lehrmeister Oldenburg von Janusbau nach. In einem Leitartikel befaßt sich das Blättchen mit dem Ausspruch des Genossen Ebert in der Nationalversammlung, niemals werde das alte Kaiserreich wiedererrichtet. Das „Süddeutsche Volksblatt“ ist natürlich anderer Meinung; nachdem es den Genossen Ebert in Janusbauher Jargon genügend angeflutet, hebt es den linken Hinterfuß und s—pricht also los: „Unser Leben sei ein Verben für das Verlorene, das wir wiedergewinnen müssen. Statt der Nämlichkeit und Schwäche unserer Republik sollen unsere Kinder

bereinst wieder ein starkes Kaiserreich erleben, in dessen Schutz das Volk zu Glück und Wohlstand gelangt.“ Um etwas zu unternehmen, da fühlt natürlich dem Leserpublikum des Bretterer Bündlerblattes der Mut, die Tapferkeit dieser Bürger betätigte sich bisher allemal bloß im Maulaus- und zullappen, im übrigen ist Feigheit oberste Tugend. Und deshalb beschränkt sich das „Werben für das Verlorene“ darauf, zu erwarten, bis die demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit ganz abgewirtschaftet hat. Das Beste wäre, man ließe diese Leute sich selber ihr Grab schaufeln, bis dann das ernüchterte deutsche Volk sich aufrafft und wirkliche Reichsgewalt schafft, einen Reichsverweigerer voll Macht mit einem Meer, das in Manneszucht und Pflichtgefühl wieder „den Rode de Bronze“ stabilisiert.

Man könnte die Bretterer Bündler um ihr harmloses Gemüt und um ihren frommen kirchlichen Glauben beneiden, denn das Wohlwort sagt ja schon, daß die Karolinen im Geiste fest sind und ihrer das Himmelreich ist. Aber das Treiben des Blattes hat dennoch auch gefährliche Nebenwirkungen. Diese verlogene- und gemeingefährliche Hege verfehlt nicht ihre Wirkung auf weniger urteilsfähige Leute, auf die Bauern vor allem. Und da haben wir schon ein Beispiel dieser Wirkung aus dem Orte Sidingen bei Bretten, wo sich bekanntlich die Bauern gegen eine Mäulenkontrolle beim Müller Rupp zur Wehr setzten, gegen die drei Beamten des Landesprelatsamt tüchtig vorgingen, sodas sich diese mit der Waffe verteidigen mußten. Einem der Beamten gelang es, nachdem er vorher in den Dorfplatz geworfen worden war, zu entkommen, die beiden anderen wurden unter Mißhandlungen auf das Rathaus geschleppt. Das „Süddeutsche Volksblatt“ bezeichnet die Vorfälle als „bedauerlich“, ein weiteres Wort der Kritik findet es nicht. Das sind aber die Folgen der Hege der Rechts-Spartakisten, die genau die Vorgänge in Sidingen ein Menschenleben gekostet haben, so mögen sich die Bretterer Bündler mit ihrer Hege gegen die nunmehrige Autorität und Staatsgewalt einen Teil der Schuld zuschreiben.

Aus der Partei.

1. Gagsfeld, 5. März, Freitag, 7. März, abends 5 Uhr, findet im Rathaus eine öffentliche Versammlung statt. Regierungsrat Dr. Kampffmeyer spricht über die Wohnungsfrage und Gründung einer Baugenossenschaft. Wir machen an dieser Stelle auf diese wichtige Frage aufmerksam und fordern die ganze Einwohnerheit auf für zahlreichsten Besuch besorgt zu sein. Es sind auch noch verschiedene andere wichtige Fragen zu erörtern.

Teufelsheim, 6. März. Wir machen die Parteigenossen und Leser der Parteipresse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, 8. März, nachm. 3 Uhr, in der „Krone“ eine wichtige Besprechung stattfindet. Es wird ein Genosse aus Karlsruhe anwesend sein.

Spöck, 5. März, Sozialdem. Partei. Am Samstag, 8. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Kofe“ eine Mitgliederversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Aue bei Durlach, 4. März, Sozialdemokratischer Verein. Nächsten Sonntag, 9. März, mittags 1/2 Uhr, findet in der Röhme Mitgliederversammlung mit Vortrag statt. An Abtritt der gegenwärtigen Lage ist zu erwarten, daß sämtliche Mitglieder in der Versammlung erscheinen.

Bruchsal, 5. März. Das Gewerkschaftskomitee und die sozialdem. Partei Bruchsal veranstalten morgen Freitag, nachm. 1/2 Uhr, im großen Saal des Rathauses eine gemeinliche Kundgebung. Arbeitersekretär Brull aus Karlsruhe spricht über Lebensmittelpolitik, Wohnungsfürsorge und Kriegskriegsangelegenheiten. Die gesamte Arbeiter-, Angestellten- und Bauernschaft leidet die Beschlüsse ist zu dieser Versammlung eingeladen. Die Führer der einzelnen Arbeiterorganisationen werden gebeten, für eine Massenbeteiligung Sorge zu tragen.

Stellingen, 6. März. Auf die am Sonntag, 8. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Kofe“ stattfindende Versammlung machen wir aufmerksam. Parteisekretär Abele aus Karlsruhe wird über die kommenden Gemeinbewohner sprechen.

Glöckenheim, 4. März. Eine Anzahl Parteifreunde und Volksfreundler kamen am Sonntag, 2. Febr., in der „Kofe“ hier zusammen zur Gründung eines Wahlvereins der sozialdem. Partei. Gen. Weiler aus Rastatt war erschienen und legte in einem treffenden Referat die Ziele des Sozialismus dar. Der Erfolg war, daß die Gründung zustande kam, es konnten gleich 25 Aufnahmen gemacht werden. Gen. Wilh. Böllinger wurde als Vorsitzender, Gen. Tiller als Kassier und Gen. Wilh. Chiffner als Schriftführer gewählt. Durch eifrige Agitation der Genossen ist die Mitgliederzahl bereits auf 45 gestiegen. Am kommenden Sonntag findet nun im Rastatt „Kofe“ um 1/2 Uhr eine Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig, da Wichtiges auf der Tagesordnung steht. Freunde unserer Sache und Leser der Parteipresse sind freundlich eingeladen. Den jungen Streitern die besten Erfolge, an die Säuglinge den Ruf: hinein in die Partei!

Bezirkskonferenz für die Amtsbezirke Offenburg-Oberkirch. Wir machen noch einmal auf die am Sonntag den 9. März in der Brauerei Mündinger-Offenburg stattfindende Bezirkskonferenz aufmerksam und bitten die Mitglieder, recht zahlreich Delegierte zu entsenden. Auch Vertrauensleute aus allen Orten sind willkommen.

5. Weinarten, 25. Febr. Ein lang begehrter Wunsch vieler Mitglieder des hiesigen Turnvereins ging am Sonntag in Erfüllung. Auf genannten Tag waren die Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung eingeladen, um darüber zu beraten und abzustimmen, ob sie noch weiterhin der Deutschen Turnerschaft angehören oder ob sie dem Arbeiterturnbund wo die Pflege des Körpers und der Gesundheit leitender Gedanke ist, beitreten wollen. Zahlreich wurde der Einladung Folge geleistet, der beste Beweis dafür, wels großes Interesse der Sache entgegengebracht wurde. An Stelle des leider verhinderten Turngenossen Eisele aus Karlsruhe übernahm der Vorstand das Referat, er setzte in klarer Weise den Zweck und die Ziele des Arbeiterturnbundes auseinander; gespannt folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners. Bei der sich anschließenden Diskussion waren alle Redner sich einig darüber, daß der Uebertritt ein Akt der Notwendigkeit ist; es konnte daher recht bald zur geheimen Abstimmung geschritten werden. Von den 60 stimmberechtigten Mitgliedern waren 41 für den Uebertritt, es erfolgte also eine einstimmige Annahme des Antrages, gewiß ein schönes Zeichen, daß Weingartens Turner, die neue Zeit verstehen. Es liegt nun an den hiesigen Arbeitern, von denen der eine oder andere wegen diesem und jenem großem zur Seite stand, uns durch ihren Beitritt zu unterstützen. Einigkeit macht stark; je größer der Verein, je größer die Leistungen und das Ansehen desselben. Väter, seien auch nicht, eure Söhne der edlen Turnerei zuzuführen; aber auch die Allen sollten sich nicht schämen, den Turnsport noch auszuüben, zur Stärkung des Körpers und Erhaltung der Gesundheit. Darum, heren in unsere Reihen! Gegen 6 Uhr konnte der Vorstand, die schon beschlossene Versammlung mit einem kräftig aufgenommenen „Frei Heil“ auf das weitere Gedenken des Vereins schließen.

n. Gengenau, 22. Febr. In einer gut besetzten Mitgliederversammlung des Sozialdem. Wahlvereins hielt Schulbauarbeiter Gen. Hoffmann (Gausbach) einen trefflichen Vortrag über die gegenwärtige politische Lage im Reich und innerhalb der Partei. Als besonders erfreulich ist zu bezeichnen, daß sich auch einige Redner der hiesigen Volksschule zu dieser Versammlung eingefunden

haben, die den Ausführungen des Gen. Hoffmann beifällig zustimmten. Zu wünschen wäre, daß sich die Herren Lehrer öfters in unsern Versammlungen einfinden möchten, da doch gerade sie, denen die Erziehung der Arbeiterjugend obliegt, das größte Interesse haben müßten, mit derjenigen Partei in engerer Fühlung zu stehen, die sich die Aufgabe gestellt hat, der Schule eine freie, heile Entwicklung zu verschaffen und zu sichern. Die Vorstandschaft hat sich zur Aufgabe gemacht, hiers derartige Vorträge in den Mitgliederversammlungen abzuhalten, um belehrend auf die Mitglieder einzuwirken. Die Versammlungen finden jeden ersten Dienstag im Monat statt.

Urtsfen, 27. Febr. Der Sozialdem. Verein hielt am Sonntag im „Grünen Baum“ seine erste Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war, trotzdem eine Anzahl Mitglieder nicht zugegen sein konnten, da zu gleicher Zeit eine Eisenbahnerversammlung stattfand. Gen. Winter (Offenburg) erbot sich den Vorsitz von der Freiburger Wahlkreisversammlung und forderte die anwesenden Gäste auf, der sozialdem. Partei beizutreten und die Beschlüsse zu abstimmen. Der Erfolg blieb nicht aus, etwa zwei Dutzend Genossen kamen der Aufforderung nach, so daß der junge Verein zurzeit schon an 50 Mitglieder zählt und ebenso viel Abkommen der Parteipresse. Offenbar folgen dem guten Beispiel noch viele Genossen, dann wird unser Ort in der Organisation ebenso an der Spitze marschieren wie bei den verlassenen Wohnen. In kurzer Zeit finden die Gemeindevorarbeiten statt, bei denen die Partei des arbeitenden Volkes zum erstenmal selbständig vorgehen wird. Auch wurde lebhaft besprochen, daß die hiesigen Behörden in der Vertretung der Wünsche aus Heeresbesoldungen nicht gerecht werden sind. Trotzdem man wußte, daß nur 500 Stück Unterhosen angeordnet sind und die Gemeinde 700 Nummern vorstellt, wurden 8 und 4 Bezugsstücke auf einen Namen ausgestellt, und die nicht in der Liste der Bezugsnummern waren kein konnten, hatten das Recht. Es wäre an der Zeit daß auch die

gegeben wurden. Die Bürger können aus diesem und ähnlichen Umständen lernen, wie man sich zu verhalten hat, damit etwas mehr Ordnung dort entsteht.

z. Gengenau, 25. Febr. Da der Unterhaltungsabend am letzten Sonntag wegen Verhinderung des Belagerungszustandes ausfallen mußte, findet die Veranstaltung nunmehr am kommenden Sonntag, den 2. März, statt. — Samstag den 1. März, abends 8 Uhr, findet bei Wähler eine Versammlung statt, in der Genosse Richter von Laib einen Vortrag über die Volksfürsorge halten wird. Zahlreicher Besuch ist zu beiden Veranstaltungen erwünscht.

Soziale Rundschau.

1. Rastatt, 5. März. Wie in anderen Städten, so wurde auch hier von „sozial“ denkenden Hausbesitzern einer großen Anzahl von Familien, darunter solchen mit vielen Kindern, gefündigt. Es wird sich das Mietvereinsamt mit diesen Klagen beschäftigen und sie event. wieder rückgängig zu machen haben.

Offenburg, 3. März. Die Arbeitlosen hielten gestern in der „Brauerei Brink“ eine gut besuchte Versammlung ab. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen. 1. Die heute statt besuchte Arbeitlosenversammlung protestiert energisch gegen die neue Verordnung des Reiches über Erwerbslosenfürsorge. Die Verordnung zeigt nicht nur den Mangel jeglichen sozialen Verständnisses, sondern befaßt mit großer Rücksichtslosigkeit die persönliche Freiheit des Arbeiters, ohne Unterschied des Geschlechts und Berufs. 2. Ferner protestiert die Versammlung gegen die willkürliche Einführung der neuen Erwerbslosenunterstützungssätze. Mit Entschiedenheit gegen die Stadververwaltung Offenburg stellt die Versammlung ausdrücklich fest, daß Offenburg zu denjenigen wenigen Städten des Landes zählt — außer Offenburg kommt nur noch Laib in Betracht —, die die erheblich verminderten Unterstützungssätze zum schmerzlichen Nachteil der Erwerbslosen eingeführt haben. Sie verlangt Aufhebung dieser Anordnung und die Wiederherstellung der vorherigen Unterstützungssätze mit sofortiger Wirkung. Die bisher zu wenig beachtete Unterstützung ist insbesondere bei Fälligkeit der nächsten Unterstützungssätze nachzugehen. 3. In bezug auf die Rastatt- und Arbeiter stellt die Versammlung deren ungenügende Entlohnung fest. Eine Erhöhung derselben ist unter allen Umständen vorzunehmen. 4. Die Versammlung verlangt nunmehr vom Bezirksamt dringende durchgreifende Maßnahmen zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge auch in den ländlichen Gemeinden, fernere Bildung der Fürsorgeämter, die heute, wie dies gefordert bestimmt, noch nicht besetzt sind. 5. Schließlich stellt die Versammlung — Offenburg pp. — Reute beifällig fest, obwohl sie angesehene Landwirtschaft besitzen und betreiben und dadurch denjenigen, die tatsächlich auf Arbeit angewiesen sind, den Lebensunterhalt entziehen. Abstellung dieses unglücklichen Zustandes muß rückwirkend durchgeföhrt werden. Weiter wurde in der gleichen Versammlung der einstimmige Beschluß gefaßt, folgende Forderungen an den Stadtrat und an das Bezirksamt zu stellen: 1. Sofortige uneingeschränkte Annahme der am 24. Februar 1919 dem Stadtrat und Bezirksamt überreichten Forderungen. 2. Sofortige Wiedereinführung der am 16. Jan. d. J. vom Stadtrat bekanntgegebenen Unterstützungssätze mit rückwirkender Kraft. Gegebenenfalls ist diese Bestimmung auch gegenüber den Landgemeinden zu treffen. 3. Die Wartezeit ist aufzuheben. Als Lohnsätze für Notstandsarbeiter haben zu gelten: a) in der Stadt: für Ledige 8 M., für Verheiratete 10 M., Mindestlohn; b) auf dem Lande: für Ledige 7 M., für Verheiratete 9 M., Mindestlohn. Zur Genehmigung obiger Forderungen wird dem Stadtrat und Bezirksamt eine Frist bis zum 3. März 1919, nachmittags 4 Uhr, gestellt.

Mannheim, 6. März. Die Arbeit bei der Firma Bopp u. Neuber ist wieder im vollen Umfange aufgenommen worden, nachdem zwischen Arbeiter und Beamtenchaft und der Fabrikleitung eine Einigung erzielt worden ist.

Kommunalpolitik.

Notstandsarbeiten in Ettlingen. Die Stadtgemeinde Ettlingen hat bis jetzt bereits Notstandsarbeiten in Aussicht genommen, die zum Teil bereits ausgeführt worden sind: 1. Herstellung des Zufahrtsweges zu der neuen Sammelgrube in den Hohen-Wiesen. 2. Abfuhr der Schladen beim städt. Gaswerk in die Hohen-Wiesen. 3. Definieren der Wiesen- und Feldgraben mit Abfuhr des Abfalls. 4. Instandsetzen des Waldweges zum Steinbrunnens vor der alten Schöllbrunnentrasse am Waldbergsheim vorbei bis zur Abweigung des Weges beim Steinbrunnens; Verbreiterung der Kehre an der neuen Schöllbrunnentrasse für den Waldweg vom Pavillon und Herrieden eines Schleifweges in der Klamm links der Alb bei der oberen Spinnerei zum Abtransport vom Stammholz. 5. Reinigen und Abräumen eines Steinbruchs zum Betrieb für Bauzwecke und für städt. Bedürfnisse. 6. Betrieb eines Steinbrechers zur Herstellung von Straßen- und Feldwegschotter. 7. Auffüllung des Reggs vom Gleis beim Exerzierhaus am Holzhof bis zur Schloßgartenstraße. 8. Verstellung eines Lagerplatzes am Exerzierplatz beim Holzhof. 9. Ortsplanmäßige Herstellung der Karl-Friedrich-Bechtwien- und Gehrtriftstraße. 10. Ausbau des Fundaments für den städt. Wohnhausneubau an der Kanalstraße.

Fr. 55
Seite 3.
Am
Gen
dem
zu
nem
miller
den
auf
spez
Diese
Wagen
er
wurde
wurde
Hier
Er
best
ten
mit
des
Bau
Somal
nütze
aus
inter
zungh
dau
baue
ihre
Darun
Dah
Beit
mit
Arbeit
Ver
Armen
nen
zu
geme
unten
jedem
genoss
die
zu
wahr
ist
Stadt
füh
tung
ih
— das
zu
höch
schaff
Zweck
The
In
durch
Rastatt
Jeden
und
Don
lums
agie
schlie
die
Scha
len
nach
verh
pauer
Wegen
Es
zu
ber
Dre
auch
was
dele
mit
hier
ist
geb
jenen
voll
aus
und
der
Juda
ner,
ferne
Eigent
nirgend
Gend
genug
weie
beie
Dimit
mer,
den
Leben
und
ist
recht

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 6. März.
Gottfried Nades.

Das es heute noch Kreise gibt, die von der Kriegsnot nicht allzu sehr in Mitleidenschaft gezogen sind, beweist der Umstand, daß in der Stefaniestraße 65 unter der Direktion eines Herrn Walter Foe rter lt. Inerat in der „Mad. Presse“ eine Zweigstelle des „Bundes deutscher Männer und Frauen zum Schutz der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II.“ aufgemacht wurde. Dieser Bund, der angeblich schon über 200 000 Mitglieder zählt, regt sich darüber auf, daß die Feinde hebschäftigen, die Auslieferung Wilhelms II. zu verlangen, um ihn vor einen internationalen Gerichtshof zu stellen. Sie reden von „neuen Demütigungen“ und „neuer Schmach“ und weiß Gott von was noch, nur mit 1 M. Mitgliedsbeitrag kann dieses neue Unglück vom deutschen Volke abgehalten werden. Die Sache liegt aber doch so, wenn die Feinde weiter nichts haben wollen, wie Wilhelm II., so können sie ihn jederzeit haben mit samt hochhero Sprößling, dem „Sieger von Tannenberg“, fort mit Schanden! So wollen die Feinde aber unter tollendes Material, unsere gesamte Handelsflotte, unsere landwirtschaftlichen Maschinen, Wie, unsere Wälder, unsere Kolonnen, Post- und Eisenbahneinrichtungen, kurz eine schmachvolle und vernichtende Frontschlacht Deutschlands auf ein Menschenalter hinaus als Strafe dafür, daß das arme deutsche Volk in seiner Gutwilligkeit sein Gesicht der Sympathie Hohenzollern und Kronen anvertraute, deren wahrnehmbare Missetaten uns in dieses namenlose Unglück geführt haben. Sonst nichts mehr! Diese Leute haben ein Leben des Wohlstands hinter sich und heute acht es ihnen noch allen besser wie uns, denn sie haben es verdient, ihre wertvolle Persönlichkeit mit ungehörigen Moneten reichlich in Sicherheit zu bringen. Eine Verantwortung für ihren Übermut wollen sie nicht übernehmen, das sollen die anderen machen. Und für solche Leute will man noch Nachrichten sammeln! Gottfried Nades!

Handwerker-Vaugenossenschaft Karlsruhe.

Am 3. März wurde in einer Sitzung im großen Rathsaal eine Genossenschaft gegründet. Die Versammlung wurde von Herrn Albert Braun eröffnet. Er führte u. a. aus: Es geht darum das Baugewerbe in allen seinen Teilen zusammenzufassen zu gemeinsamer Arbeit, insbesondere für den Bau kleinerer und mittlerer Wohnungen, in enger Gemeinschaft mit der Stadt und den an guten und gesunden Wohnungen Interessierten; zusammenzufassen zu gemeinsamer Ausübung des Gewerbes unter Ausschluß jeder Einzelneinzelne und schädigenden Zerstückelungen. Diese Aufgaben stellen die Erfüllung von Wünschen und Anregungen dar, die Herr Oberbürgermeister Siegrist schon vor längerer Zeit ausgesprochen habe. Die Gründung der Genossenschaft wurde einstimmig beschlossen.

Darauf nahm Herr Oberbürgermeister Siegrist das Wort. Er bestätigte, daß die Ziele und Zwecke der Genossenschaft sich decken mit den Anregungen, die er selbst gegeben und mit Vertretern des Baugewerbes schon vor längerer Zeit durchgesprochen habe. Er verwies auf seine Rede bei der Gründung des Bauvereins. Amal sei er ausgegangen von zwei Tatsachen. Die gemeinsame Bautätigkeit, wie sie bisher sich betätigt hatte, habe nicht ausgereicht, das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Die freie Unternehmertätigkeit, so wünschenswert sie auch sei, habe erfahrungsgemäß auf dem Gebiete des Klein- und Mittelwohnungsbaues viel unzureichende Erscheinungen gezeigt und schon infolge ihrer unwirtschaftlichen Zerstückelung nicht befriedigen können. Darum nicht Einzelunternehmung, sondern Zusammenfassung. Dadurch wird der Kleinbetrieb, bei Erhaltung seiner persönlichen Leistung zur Leistungsfähigkeit des Großbetriebes gehoben, das gilt für den Einkauf wie für die Ausnutzung der Hilfsmittel für Arbeit, Transport etc. Die Zusammenfassung der Arbeit, ihre Vereinheitlichung vermeidet kleinliche Zerstückelung, einheitliche Formen verschaffen die Arbeit, einheitliche Grundbauten können zu kleiner Gesamtwirkung geführt werden. Die bisherigen gemeinsamen Baugewerkschaften waren vorzugsweise Konsumvereinigungen; ihnen stand das Baugewerbe gegenüber wie jedem Auftraggeber. Hier wird nun von den Produzenten der genossenschaftliche Weg beschritten, in Gemeinschaft mit der Stadt, die das Interesse von Produzenten und Konsumenten gleichmäßig zu wahren hat und mit den Konsumenten. Die Genossenschaft ist eine Form der Selbsthilfe und so soll auch die Mitarbeit der Stadt nicht bedeuten, daß sie die Beteiligten am Gängelbunde führen wolle. Alle Mitarbeiter müßten in selbständiger Entfaltung die Werke leisten nur beschränkt durch das gemeinsame Ziel — das allgemeine Wohl. Das Baugewerbe auf gesunder Grundlage zu höchster wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu führen durch Beschaffung guter, gesunder und preiswerter Wohnungen sei der Zweck.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Raffionspiele im Festhalleaal.

In die Geburtszeit des modernen Theaters sehen wir uns durch diese Aufführung versetzt, in die Zeit der mittelalterlichen Raffionspiele, der Mythen und Moralitäten, die zu festlichen Zeiten, besonders am Ostem, auf Brettergerüsten vor Kirchen und Domen unter ungeheurer Zulauf des schaulustigen Publikums agiert wurden. Die Geistlichen leiteten zuerst fast ausschließlich das Darstellpersonal, und sie pflegten diese Spiele, die Schaulust des Publikums als Mittel benutzend, um die Massen nach ihren Zwecken zu bilden. Diese Volksspiele sind nie ganz verschwunden; bekanntlich erfreuen sich sogar die Oberammergauer Raffionspiele eines guten Rufes weit über Deutschlands Grenzen hinaus.

Es ist ein großes Wagnis, solche Spiele auf die Wanderbühne zu verpflanzen und sie aus dem heimischen Boden zu reißen. Interesse dafür ist im Publikum zweifellos vorhanden, und Herr Direktor Ad. Fahnacht, der Leiter des Unternehmens, hat auch, was Szenenbilder, Kostüme u. dergl. betrifft, Respektables geleistet. Das Publikum des Festhalleaals ist in eine Hauptbühne mit vier Nebenschauplätzen umgewandelt. Eine Menge Personen ist geboten, und man muß gesehen, daß insbesondere die Nebenbühnen, die Weimardische Schulung vertragen, recht wirkungsvoll ausfallen. Die Solofakt derernden schaulustigen Schülung und sind z. T. recht gut, wie z. B. Herr Ad. Fahnacht als Judas, der Judas des Herrn G. Fahnacht, der Kaiphas des Herrn Deuner, ferner die Vertreter des Pilatus, der Maria Magdalena. Eigentliche „Rollen“ gibt es in dem Stück nicht, der Text bringt nirgends psychologische Vertiefung, sondern gibt nur die äußere Föndung des Lebens Christi. Daß die Durchführung einer Kunstgenuss verjüngt habe, kann man nicht sagen; sie soll wohl auch mehr den Zweck der Erbauung dienen. Ich fürchte nur, daß dieser Zweck nicht erreicht wird; dafür ist alles zu nüchtern und primitiv. Auch wenn man in Christus nur den idealen Schwärmer, den edlen Leidensmännchen sieht, der für sein Ideal sein Leben hingibt, so hat sich doch jeder in seinem Geiste ein schmerzhaftes und strahlendes Bild von ihm und seinen Lebensumständen zu reihigemach. Diesem innerlich gefühlten Heilandsbild kann eine

Es folgte die Beratung und Annahme der Satzungen. Der vorläufige Aufsichtsrat und 2 Vorstandsmitglieder wurden gewählt, das dritte Vorstandsmitglied, welches den Vorsitz führt, wird vom Stadtrat ernannt. Anmeldeungen zur Genossenschaft, sowie Zuschriften, Sendungen etc. sind zu richten an die Adresse: Handwerker-Vaugenossenschaft Karlsruhe e. V. m. B. G., Karlsruhe, Müpperrstraße 13, Fernspr. 87.

Karl Schrempf 4. Nach längerem Leiden ist der Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe, der Senior der Karlsruher Brauereibesitzer Herr Kommerzienrat Karl Schrempf im Alter von 73 Jahren auf seinem Gute Reibers in Baden-Baden gestorben. Die Stadt verliert damit einen trefflichen Mitbürger, der durch zahlreiche soziale Stiftungen sich einen würdigen Denkstein errichtete. Geboren zu Oberkirch, erwarb derselbe in den 70er Jahren die frühere Brauerei Schuberger hier und später die Brauerei Bischoff, mit denen er den Grundstock für die heutige Großbrauerei Schrempf legte, die von seinen Söhnen verwalte wird.

Öffentliche Frauenversammlung. Die gestern abend in der „Goldenen Krone“ abgehaltenen öffentlichen Frauenversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Genossin Therese Klaje-Mannheim stellte in sehr einleuchtender Weise den erkrankten Frauen vor Augen, was die Zukunft für dieselben im neuen Staate zu tun ist. Der starke Beifall zeugte von dem Anhang des Vortrages. Eine lebhafteste Diskussion folgte nach dem Vortrage ein. Wir können mit dem Erfolge der Versammlung zufrieden sein, wurden doch wieder einige Maßnahmen in die Frauenorganisation gemacht und Abkommen für die „Gleichheit“ gewonnen.

Bezirksversammlung der Südstadt. Die gestrige Versammlung im „Auerhahn“ war sehr gut besucht. Der Saal war voll besetzt. Gen. Dr. Kullmann hielt einen sehr interessanten und inhaltreichen Vortrag über die derzeitige politische Lage, der eine rege Diskussion auslöste. Am Schlusse der Versammlung referierte Gen. Schwerdt noch kurz über die bevorstehenden Gemeindevahlen.

Vortrag über Wildgemüse. Auf den heute abend 8 Uhr im großen Rathsaal stattfindenden Vortrag des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Klein über die Wildgemüse und ihre Bedeutung für die derzeitigen Ernährungsverhältnisse sei nochmals hingewiesen.

Unfall mit Todesfolge. Im Stadtteil Daxlanden stürzte am Montag früh ein 66 Jahre alter Tagelöhner in seiner Wohnung zu Boden, erlitt einen Schenkelbruch und mußte nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden, wo er gestern früh starb.

Arbeiter-Jugend (Freie Jugend) Karlsruhe. In dem Jugend-Abend am letzten Donnerstag, 27. Febr., wurde folgendes

Programm für die Monate März und April festgesetzt:

- 6. März: Leses-Abend. Ernstes u. Heiteres. Spiele. Gesang.
- 13. März: Freilicht-Abend. Vortrag über Freilichtganz. Rezitation von Gedichten.
- 20. März: Vortrag von Gen. Gisele: Die Bedeutung der Leibesübungen für die Jugend.
- 27. März: Beratung und Wünsche. Gesang und Spiele.
- 3. April: Vortrag von Gen. Böhm: Heinrich Heine. Rezitation von Gedichten.
- 10. April: Vortrag von Gen. Hauptlehrer Häbler: Die Bedeutung der Großstadt im Gedicht.
- 17. April: Lesen eines Schauspiels; mit verteilten Rollen.
- 24. April: Beratung und Wünsche; Vorbereitung des Programms für Mai und Juni.

Außerdem sind mindestens zwei Wanderungen vorgesehen, Besuch der Volksvorstellungen des Landestheaters und einer Besichtigung des Betriebs des „Volkstempel“. Die Schul- und Laienjugendverbände mit Majseier, soll am Sonntag, 4. Mai, stattfinden.

Wie wir schon mitteilten, haben „unabhängige“ Querstreiber die Arbeiter-Jugend auseinandergerissen und eine eigene „unabhängige“ Jugend gegründet, die bei ihrer ersten Zusammenkunft sofort den Segen des Landesvorsitzenden der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, B. Krue, erhielt. Nügendliche, in dem Sinne, wie sie nach den Beschlüssen der Parteitage und Gewerkschaftskongresse der Arbeiter-Jugend angeordnet sollen, also 14-18jährige, sind es allerdings recht wenige, die die Spaltung mitgemacht haben und sich in das Schlepptau der unabhängigen Wirröpfe und Parteierstörer nehmen ließen. Die wirklichen Nügendlichen sind ihrerseits allen Arbeiter-Jugend treugeblieben und werden es auch kronehrlich bleiben, trotz der Beschäftigungen und Bemühungen und falschen Vorpiegelungen der jugendlichen unabhängigen

Darstellung mit ihren vielen unvermeidlichen Mängeln und Unzulänglichkeiten wohl nie entprechen. Ich glaube daher nicht, daß sich bei einem wirklich frommen Gemüt so etwas wie Erhebung und Erbauung herauskommt. Dem Ganzen fehlt doch die rechte Würde; es ist überhaupt fraglich, ob die Christusfigur sich in einer absolut würdigen und adäquaten Weise auf die Bühne bringen läßt. Die Christusdramen sind bisher wenigstens alle gescheitert. Die Geistlichkeit hatte sich mit gutem Instinkt ferngehalten. Für schaulustige Leute, die so etwas noch zu sehen haben, bringt die Darstellung natürlich immerhin manches Interessante; so ist die Kreuzigungszene ein technisches Kunststückchen, das die Krueger jedes Theaterfreundes erweckt. Die erste Vorstellung war überraschend schwach besucht; in der Mitte des Saales gähnten ganze Stuhlreihen vor Leer. Wenn man auch nicht alle Mängel auf Konto der Leistung setzen kann, und wenn man auch das Gute gern anerkennt, so erfordert doch die Pflicht der Kritik die Feststellung, daß man die Vorstellung nur mit sehr gemischten Gefühlen verläßt.

„Der Waffenschmied“. Es ist immer eine peinliche Sache, so ein Auftreten auf Verpflichtung, denn wenn man weiß, das ganze Interesse des Publikums ist auf einen gerichtet, so muß das eine begreifliche Anstrengung verursachen. Es ist anzuerkennen, daß von einer solchen bei dem Gastspiel von Marie Zerabel vom Nationaltheater in München nichts zu merken war, was bei der ansehnlich noch jungen Sängerin besonders hervorzuheben ist; eine zeitweilige Geziertheit ist damit wohl nicht in Zusammenhang zu bringen. Für ein Engagement am hiesigen Landesheater dürfte Zerabel wohl nicht an erster Stelle in Betracht kommen, denn die Stimmmittel, über die sie verfügt, sind nicht immer ausreichend. Sie legt zwar Gefühl in ihren Ausdruck, aber der Stimme fehlt die nötige Klangfülle, die Höhe ist ziemlich dünne. Vielleicht hätte die Künstlerin mit den schlechten Akustik-Verhältnissen des Konzerthauses zu kämpfen, man müßte sie noch in einer Mozart-Oper hören, um ein endgültiges Urteil abzugeben. — Nebenfalls dürfen wir nun wieder in der nächsten Zeit auf eine Reihe solcher Damen-Aufführungen „hoffen“, nicht gerade das angenehmste Vergnügen. Die übrigen Mitarbeiterinnen, von denen Herr Malys-Wotter als Graf Liebenau hervorzuheben ist, waren ganz auf der Höhe unserer hiesigen Vorführung-Aufführungen.

Agitatoren, die es sich nicht mit der Trennung allein genug sein lassen können, sondern in einer gehässigen Weise gegen die alte Jugend zu hegen beginnen.

Die Arbeiter-Eltern bitten wir, auf der Hut zu sein. Ihre Kinder sollten ihnen zu schade sein, um sie von Parteikonflikten für arbeiterfeindliche und arbeiterfeindliche Zwecke mißbrauchen zu lassen. Das oben mitgeteilte Programm bietet die Gewähr, daß in der Arbeiter-Jugend ernste, gezielte, gewissenhafte Arbeit geleistet wird, fern von allem Parteizank. Es ist dringende Pflicht aller Arbeitereltern, ihre Söhne und Töchter, zu den Veranstaltungen der Arbeiter-Jugend im städtischen Jugendheim, Lammitraße, neben städt. Arbeitsnachweis, zu schicken. Heute findet ein Leses-Abend statt, es kommen Prof. Klaje und Gedichte ernster und betterer Art zum Vortrag; außerdem wird gespielt und gesungen.

Letzte Nachrichten.

Braunschweig keine Räterepublik.

W. Braunschweig, 5. März. Die heute mittag stattgefundene Sitzung des revolutionären Aktionsausschusses und der Betriebsausschüsse als Vertreter der braunschweigischen Arbeiterkassen, die mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu der Frage der sofortigen oder späteren Einführung der Räterepublik in Braunschweig Stellung zu nehmen hatte, legte in Hinblick auf die gänzlich ungenügende Beteiligung an der Urabstimmung trotz der Wehrheit der 800 Stimmen dafür, die sofortige Ausrufung der Räterepublik ab.

Belagerungszustand in Straßburg?

Frankfurt a. M., 5. März. (Privatmeldung.) Nach einer unverbürgten Meldung berichtet der „Temps“, daß der französische Befehlshaber in Straßburg die Verhängung des Belagerungszustandes über die östlichen Industriegebiete angeordnet habe. Der Ausstand sei im Abnehmen begriffen.

Die Streikbewegung im Reich.

W. Spandau, 5. März. Die Kundgebungen der Spandauer Arbeiterkassen für den Generalkrieg dauern fort. Es kam heute wieder zu stürmischen Kundgebungen von Tausenden von Arbeitern. Ueberall wurde durchgebrüllt, daß in den nächsten Tagen schon für den Streik abgestimmt werden soll. Als die Arbeiter in die Fabriken nicht eingelassen wurden, führten sie die Eingänge und verriegelten sie gänzlich. In Spandau ist durch Unterbindung des elektrischen Stromes der Betrieb in den meisten Fabriken stillgelegt.

W. Berlin, 4. März. Bei dem Einzug der Truppen zum Schutze des Polizeipräsidiums gestern mittag verfuhrte eine lautenköpfige Menge auf dem Alexanderplatz die Truppen zurückzuhalten. Diese mußten schließlich von den Waffen Gebrauch machen. Drei Personen wurden getötet. Das Polizeipräsidium erhielt abends weiteren Schutz durch Regierungstruppen und zwei Feldartillerieabteilungen. Ein Versuch, in die Alexanderstraße einzubringen, konnte unter schweren Verlusten der Menge abge schlagen werden.

W. Berlin, 5. März. Im Laufe der letzten zwei Tage sind durch Plünderer und Plünderer schwere Ausschreitungen begangen worden. Eine große Fülle von Anzeigen sind beim Polizeipräsidium eingelaufen. Ueber Plünderungen von Gold- und Schmuckwarengeschäften. Das gemachte Gut beläuft sich auf 7 Millionen Mark.

W. Bremen, 5. März. Heute morgen sind sämtliche Arbeiter der großen Werke ausständig geworden. Außer in den Hanja-Höfwerken, wo von 2600 Arbeitern 400 die Arbeit wieder aufgenommen haben. Auch auf dem Gaswerk legten die Arbeiter die Arbeit nieder.

W. Essen, 4. März. Bei einzelnen Betrieben sind die Belagerten wegen Lohnforderungen erneut in den Ausstand getreten. Die Gesamtzahl der Ausständigen im Ruhrgebiet beläuft sich auf 7500 Mann.

W. Berlin, 5. März. Heute fanden unter dem Vor siche des Reichsarbeitsministers Bauer Verhandlungen mit den Vertretern der Streikenden des mitteldeutschen Streikgebietes statt, die zu einer völligen Einigung führten. Die anwesenden Arbeitgebervertreter stimmten für ihre Person den getroffenen Vereinbarungen zu und versprachen, in ihren Kreisen für die sofortige Durchführung einzutreten. Der Reichsarbeitsminister verpflichtet sich seinerseits dazu, durch unmittelbare Einwirkung auf die Organisationen der Arbeitgeber den Abmachungen allen möglichen Nachdruck zu verleihen.

Die Vorgänge in Mannheim.

Mannheim, 6. März. Die kommunistische Partei (Partaklub) verbreitete gestern in der Stadt ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalkrieg. Die „Volkstimme“ stellt demgegenüber ausdrücklich fest, daß die alte sozialdem. Partei es ablehne, sich an diesem Generalkrieg zu beteiligen. Sie fordert ihre Parteianghörigen auf, in den Fabriken an den Arbeitsplätzen zu bleiben und sich nicht von einer kleinen Minderheit erneut aufzuführen zu lassen.

Das bisher als Polizeitruppe hierher verleierte Bataillon des Reg. 110, das bei den Rüdigen kürzlich entwaffnet worden ist, wurde aus Mannheim entfernt. Die Ankunft eines anderen badischen Bataillons als Polizeitruppe steht bevor.

Mannheim, 6. März. (Telephon.) Das freiwillige Bataillon Bruchsal ist heute in Mannheim eingetroffen. In der Stadt herrscht Ruhe. Gleichzeitig sind die Minister Saas und Marzloff eingetroffen zwecks Besprechungen über energische Maßnahmen.

Briefkasten der Redaktion.

B. A. Hier. Wie haben die Sache dem Landespreissamt unterbreitet.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Bretten. (Sozialdem. Verein.) Samstag abend 8 Uhr im Gasthaus „Zum bühischen Hof“ Mitgliederversammlung. Der Bericht der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen der Mitglieder und „Volkstempel“-Leser dringend erwünscht. 1645

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 175 Zent. (gest. 10 Zent.). Köhl 280 Zent. (gest. 24 Zent.). Moxau 460 Zent. (act. 8 Zent.). Mannheim 386 Zent. (gest. 9 Zent.).

Sauerkraut
 Pfund 33 Pfg.
 bei 5 Pfund 32 Pfg.
 bei 10 Pfund 30 Pfg.
 eingemachte

rote Rüben
 (rote Beete)
 Pfund 50 Pfg.

Essiggurken

Meerrettig
 Pfund 90 Pfg.
 empfohlen 774

Zu verkaufen:
 1. Zimmer Haus 3. städt. Miete M. 200, Preis M. 32000, Südstadt.
 2. Zimmer Haus m. Speisekammer, Miete M. 2200, Preis M. 35000.
 Geschäftshaus Südstadt 2 u. 3 Zimmer im Stock, helle Verhältnisse 200 qm, Miete M. 4300, Preis M. 70000.
 Geschäftshaus Amalienstr. mit gr. 2. städt. Werkst., Preis M. 48000.
 3 u. 4. Zimmer Haus Südstadt. Miete M. 5300, Preis M. 82000
 4 Zimmer sofort bezugsbar.

Häuser mit Geschäften aller Art. Bäckereien, Metzgereien, Wirtschaften, Handlungsgeschäften, Uhrmacher, Fahrradhandlung, Friseurgeschäft, Konditorei mit Kaffee, Papierwarengeschäft. 1473

M. Busam, Herrenstr. 38

Eisenbahner Taschen
 für Heizer, Schaffner, Lokomotivführer und Werkstätten.

Kofferhaus Geschw. Kämmler
 51 Kronenstr. 51.

Brennholz
 Buchen und Eichen, zum Streuen der Kohlen, Forsten, Tannen (Anfeuerholz) amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an nachwärts geliefert. Abgabestelle: Gerwigstr. 53.
H. Kempermann.
 Tel. 5206 u. 1504.
 Brennholz-, Sägerei-, Spalt- und Bündelholzfabrik. 5684

Städt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.
Medizinische Bäder.
 Nichtonnadel-Salz (Rappenaauer oder Stassfurter).
 Mutterlauge u. Schwefel-(Thio)pol-Bäder.
 Badezeit für Herren und Damen: Vormitt. von 9-1 Uhr und nachmittags von 2 1/2-7 1/2 Uhr. Samstags bis 8 1/2 Uhr.
 An Sonn- und Feiertagen geschlossen. 393

Dampf-, Heissluft- und elektr. Lichtbäder
 für Herren und Damen **im Friedrichsbad** ununterbrochen den ganzen Tag geöffnet. 980

Konsumverein für Baden-Baden u. Umgegend
 Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftung.
 Am Freitag, den 14. März 1919, abends um 8 Uhr in der Aula der Oberrealschule.

Ordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
 1. Der Konsumverein im Uebergang zum Großbetrieb. Bericht-erstatte Herr Geschäftsführer W. Richter.
 2. Ausbau der Organisation, Schaffung eines Genossenschaftsrats.
 3. Wahlen in den Aufsichtsrat.
 Anträge, welche in dieser Generalversammlung zur Verhandlung gelangen sollen, müssen mindestens drei Tage vorher schriftlich beim Vorstand eingereicht werden. Zu der Versammlung haben nur Mitglieder und deren Frauen Zutritt. Am Saaleingang muß die grüne Legitimationskarte vorgezeigt werden. Mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen laden wir unsere Mitglieder hierzu höflich ein.
 Der Aufsichtsrat:
 Dr. Groddes, Vorsitzender.
 1650

Grund- und Hausbesitzer-Verein Karlsruhe E. V.
 Am Donnerstag, den 6. März 1919, abends 8 Uhr, findet im Saal 3 der Brauerei Schreyer, Waldstr. 10/18, die ordentliche

Haupt-Versammlung
 statt.
Tagesordnung:
 1. Entgegennahme des Jahres- und Rechenschaftsberichts.
 2. Wahl des Vorstandes und der Beiräte.
 3. Verschiedenes.
 Wir laden unsere Mitglieder zum zahlreichem Besuch der Hauptversammlung ein.
 Der Vorstand.

Endtermin zum Umtausch von Entlassungsanzügen.
 Es mehren sich die Fälle, in denen entlassene Mannschaften bei Bezirkskommandos und Truppenteilen vorfindig werden, um ihre bereits umgetauschten Bekleidungsstücke nochmals gegen bessere umzutauschen. Trotz des angeordneten Befehlsvermerks in den Entlassungspapieren können die unangenehmsten Ansprüche infolge Verlage gefälschter Papiere oder des nicht ergänzten Militärpasses anstelle des Entlassungsscheines nicht immer erkannt werden.
 Um diesen Mißstand zu beheben, wird angeordnet, daß die von 9. 11. 18 bis 15. 2. 19 Entlassenen ihren Anspruch auf die ihnen gemäß Verbleib über Entlassungspapiere zustehenden Bekleidungsstücke bis spätestens 15. 3. 1919 beim zuständigen Bezirkskommando unter Vorlage der Militärpapiere und Vorzeigung der betr. Bekleidungsstücke geltend gemacht haben müssen. Für alle anderen Militärpersonen, die nach dem 15. 2. 19 zur Entlassung kommen, wird eine Frist von jeweils einem Monat festgesetzt, beginnend am Tage nach der Entlassung. Spätere Ansprüche werden die Bezirkskommandos künftig in der Regel nicht mehr anerkennen. Ausnahmen werden nur gemacht, soweit durch besondere Verhältnisse der Termin nachweisbar nicht eingehalten werden konnte (z. B. Krankheit). Solche Fälle werden dann von den Bezirkskommandos eingehend geprüft werden.
 Genaueste Befolgung bei Ausfertigung der Entlassungspapiere und ebenso dieser Anordnung liegt im allgemeinen Interesse.

Der Landesauschuss Von Seiten des Gen.-Kds. badischer Soldatenräte.
 Der Chef des Stabes: Gudovins, Major. 1480

Bekanntmachung.
Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse betr.
 Soweit in denjenigen Betrieben, in denen nach dem Abschnitt II der Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember 1918 (R.G. Bl. S. 1456) Arbeiter-Ausschüsse und Angestellten-Ausschüsse zu errichten oder neu zu wählen sind, die Wahlen dieser Ausschüsse noch nicht stattgefunden haben, werden die in Frage kommenden Betriebe aufgefordert, die Wahlen unverzüglich vorzunehmen. Die sofortige Einsetzung der genannten Ausschüsse ist im Hinblick auf die ihnen durch verschiedene neue Reichsverordnungen zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Mitwirkung bei der Entlassung von Arbeitern oder Angestellten, sehr dringlich. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß jeder Betrieb, jede Verwaltung und jedes Büro, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt werden, die Ausschüsse nach den neuen Vorschriften wählen lassen muß, auch wenn sie zur Zeit schon solche besitzen. Für die jetzigen Wahlen gilt noch die feinerzeit als Anlage zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. 1. 1918, den Vollzug des § 11 des Reichsgesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst betr. (Ges. u. R.-V. Bl. S. 7), erlassene Wahlordnung mit den durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 7. 11. 1919 (Ges. u. R.-V. Bl. S. 36) angeordneten Abänderungen. Die Umständlichkeit des Wahlverfahrens dürfte in der Praxis nicht so erschwerend wirken, wie es den Anschein haben könnte, wenn in den an Zahl weit überwiegenen kleinen und mittleren Betrieben durch die Vorarbeit der Organisationen eine Verknüpfung herbeigeführt werden wird, die eine eventuelle Wahl unnötig macht oder sie doch auf zwei Listen beschränkt.
 Die Wahlen sollen tunlichst bis zum 15. ds. Mts. vollzogen sein. Wir ersuchen die in Frage kommenden Betriebe, uns den Vollzug der Wahlen anzuzeigen; soweit das noch nicht geschehen ist.
 Karlsruhe, den 6. März 1919.
 Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Bekanntmachung.
Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
 Im Falle des Vorhans dieser und im Falle der Gefahr der Ausbreitung derselben ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. 1647
 Karlsruhe, den 3. März 1919.
 Bezirksamt.

Bekanntmachung.
 Dem Heinrich Müller, wohnhaft in Karlsruhe, Gumboldstraße 24, wird gemäß § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Februar 1918, vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs, die Genehmigung erteilt, in Baden gewerbsmäßig Rindvieh, Schweine, Schafe und Ziegen zur Weiterveräußerung für sich oder für einen anderen zu erwerben, oder Angebot auf diese Tiere anzufuchen.
 Karlsruhe, den 17. Februar 1919.
 Bezirksamt.

Städtisches Konzerthaus.
 Donnerstag, den 6. März 1919, 1646

3. Sinfonie-Konzert
 der Kapelle des Badischen Landes theaters.
 Leitung: Fritz Cortolozzi.
 Mitwirkende: Hofrat H. Ordenstein und Georg Mantel, Lehrer am Konservatorium.
 Anfang 7 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Städtische Festhalle Karlsruhe.
Oberammergauer Passionsspiele
 Spieltage: am 4., 5., 6., 7., 8., 9. März, jeden Abend 7 Uhr, ausserdem am 5., 8. und 9. März, jeden nachmittags 2 1/2 Uhr und abends 7 Uhr. 1612
 Vorverkauf in der Musikalienhandlung des Herrn Fritz Müller, Kaiserstrasse 1.4. Ecke Waldstrasse. Telefon 338.

Volkswehr
 Illustrierte Zeitung für die Soldaten und Bürger der Deutschen Republik
 Bezugspreis vierteljährlich Mk. 2.25
 Einzel-Nummer 10 Pfennig.
 Erscheint wöchentlich 2 mal. Probenummern kostenlos.

Möbelschreiner und Bildhauer
 finden Beschäftigung bei 1626
 Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik, Reigstr. 25.

Tücht. Meister
 für keinen Maschinenbetrieb in Mannheim zum baldigen Eintritt in dauernde gute Stellung gesucht.
 Nur durchaus zuverlässige und gewissenhafte Kräfte wollen sich unter genauer Angabe der 6 oberigen Tätigkeiten, der Gehaltsansprüche sowie Verfügung von Zeugnisabschriften melden unter M 1016 an Haasenstein & Vogler A.-G. Karlsruhe. 1614

Email-Geschirre
 werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 442
Geschirr-Reparaturanstalt
 Karlsruhe, Körnerstr. 32, im Hof. Telefon 1421.

Buchhandlung „Volksfreund“
 KARLSRUHE
 24 Luisenstr. 24
 Lieferung von Partei-, Gewerkschafts- und Fach-Literatur
 Lieferung ganzer Bibliotheken
 Telefon 128.

Städtisches Vierordtbad.
Große Schwimmhalle.
 Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 10 bis 11 Uhr und nachmittags 2 1/2-4 1/2 Uhr, sowie freitags von 6-7 1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstag nachmittags.
 Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 10 Uhr und von 11-1 Uhr, nachmittags 4 1/2-7 1/2 Uhr, freitags nachmittags nur bis 6 Uhr und Samstag von vormittags 11 bis abends 8 1/2 Uhr, auch über die Mittagszeit geöffnet. 395
 An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Daniels KONFEKTIONS-ILLUS
 Karlsruhe, Wilhelmstr. 31/111.
 Angestellte
 Tüll- und Voile-Blusen, Seiden-Blusen mit kleinen Webefehlern zu billigen Preisen.

Witt. Neiß, Schuhmanns Nachfolger
 Wälder- und Tapeziergeschäft
 Werderstraße 78
 empfiehlt sich in allen in sein Fach einschlagenden Arbeiten
 Streichen und Lackieren von Küchenmöbeln, sowie Oelmalerei werden mit Friedenspreise ausgeführt. 1572

Angestellte
Frauen-Snare
 werden fortwährend angekauft und gut bezahlt bei 1640
Aug. Birk, Hofstr. 19, Telefon 3638
 Damenreife u. Perückenmacher.

Achtung! 1632
Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbsthilfe und geliehenen Leuten gut und billig ausgeführt.
 Näheres Adam Werle, Göthestr. 21, 4. St.

Taschenuhren
 auch reparaturbedürftig, kauft **Lovy, An- u. Verkaufsgeschäft** 1641
 Markgrafenstraße 22.

Radfahrsportanzug
 mit Schwere zu kaufen gesucht. Kaiserstr. 76 III, r. 1643

Blinden-Arbeit.
 Handhaltung, Büsten und Hochhaar-Büsten empfiehlt **Witt. Neiß, Hofstr. 19.**

Ernst Schner Tapezier-Geschäft
 Mühlenerstraße 23.
 Empfiehlt sich im Tapezieren, Aufhängen und Aufarbeiten von Polstermöbeln, Vorhängen aufmachen, Salonfaheladen reparieren, gut und billig. 1277

Eisenbahnertischen
 in allen Größen zu haben in **Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft**
 Kronenstr. 52. 1642

Uebergangs-Weberzieher,
 schwarz 65 M., Gehrock 55 M. (neu), Selbstkabel-Büste mit Ledertasche 45 M. zu verkaufen. Jähringerstr. 31, part. 1640

Hand-Bohrmaschine
 mit 5 Satz Spiralbohrer, ein Paar neue Nohrsteife Gr. 43, ein neuer obaler Zimmerricht, 6 Stk. zu verkaufen. Kapellenstr. 10 2. St. 1642

Zur Anfertigung von Anabenjoppen und Anabenhosen
tüchtige Schneider und Schneiderinnen
 sofort gesucht. 1651
F. Strauß, Söfenstraße 117.

Arbeiter sucht bei anständigen Leuten 1614
Kost und Logis
 Zum 15. Mai, womöglich Dinstag. Gefällige Angebote unter 1644 an das „Volksfreund“-Büro.

Futtermittel
 für alle 1641
Säugetiere und Geflügel
 (Preisliste kostenlos)
A. Plattner, Theissen
 (Thür.) 262 Q